

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz W. W. W., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 25 Pf. Einzelhefte 5 Pf. Sonntags- und Anzeigenhefte 15 Pf. — Anzeigengebühren die sechsstelligen Zeitzeile 15 Pf. — Post-Belegkarte Nr. 618

Nr. 222.

Magdeburg, Mittwoch den 23. September 1903.

14. Jahrgang.

Der Landfriedensbruch in Laurahütte.

Die Polen, die Nationalpolen, die deutschfeindlichen Polen haben den Laurahütter Krawall angezettelt — so verkündeten die Satiristen in ihrer Presse der entrüsteten Regierung; so belehrten sie die empörten Richter, deren germanisatorische Grundsätze und deren Glauben an die polnisch-nationale Ursache der Wahlkrawalle allein die enormen Strafen als erklärlich erscheinen lassen. Die Justiz ging von falschen Voraussetzungen aus; sie irrte sich bei der Beurteilung der sozialen und psychologischen Grundlagen der zur Aburteilung stehenden Straftaten.

Nicht auf nationalem Haß, nicht auf Chauvinismus oder deutschfeindlichen Stimmungen beruht die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien. Die polnischen Arbeiter in der Gegend von Laurahütte sind religiös, und weil sie in der Sozialdemokratie auf Grund der atheistischen Weltanschauung der meisten ihrer Genossen die Feindin der Religion sehen, folgen sie uns nicht. Sie haben aber nach den uns zugehenden Berichten ein außerordentlich starkes Klassenbewußtsein, welches sich gegen die „Herren“, die Ausbeuter, richtet, von denen sie unterdrückt werden. Weil die Kapitalisten der dortigen Gegend Deutsche sind, sind die polnischen Arbeiter auch in nationaler Beziehung von der Agitation der polnischen Partei gewonnen worden. Wo es keinen polnischen Adel, keine polnische Bourgeoisie, ja sogar kein polnisches Kleinbürgertum gibt, da kann sich der Kampf zwischen Kapital und Arbeit leicht auf dem nationalen Gebiete abspielen. Die deutsche Regierung ist auf Seiten der Kapitalisten, folglich muß sie bekämpft werden; und die Geistlichkeit, die ursprünglich von den polnischen Arbeitern wegen des katholischen Glaubens verehrt wurde, steht jetzt gegen sie auf.

Die nationalpolnischen Agitatoren verstanden es, der Situation Rechnung zu tragen und die religiösen Gefühle der Leute dadurch zu schonen, daß sie betonten, gute Katholiken zu sein und die Geistlichen als Priester zu achten, sie aber zurückzuweisen, wo sie ihren kirchlichen Einfluß zu politischen Zwecken mißbrauchten.

Ein Teil der obereschlesischen Gruben und Hütten gehört hohen Adligen, die der Zentrumsparterie angehören. Die Zentrumsparterie hat durch ihren Brotdrucker und ihre arbeitfeindliche Haltung in sozialpolitischen Fragen einen derartig berechtigten Haß gegen sich erzeugt, daß in den Ruf „Nieder mit dem Zentrum!“ naturgemäß zahlreiche Arbeiter einstimmen.

Die der Zentrumsparterie angehörigen Geistlichen haben in der provozierendsten Weise die Kirche zu Zwecken ihrer Partei benutzt; der polnischen Partei wurden ebenso wie der Sozialdemokratie die Säle abgetrieben. In der Kirche, in welcher die obereschlesischen Arbeiter Andacht suchten, wurden ihre politischen Führer beschimpft; der Hirtenbrief des Erzbischofs von Breslau ermahnte sie, sich von der polnischen Bewegung zu trennen.

Die Leute waren gereizt; aber ihre Erregung mußte um so mehr zu tragischen Konflikten Anlaß geben, als die obereschlesischen polnischen Arbeiter auf einer außerordentlich niedrigen Kulturstufe stehen. Die obereschlesischen Arbeiter haben im Vaterhause Polnisch sprechen und denken gelernt; sie können aber Polnisch nicht lesen; Deutsch zu lesen indes hat man ihnen notdürftig beigebracht, doch nicht das Gelesene zu verstehen. Diese ungebildeten Proletarier läßt man in dumpfigen Wohnungen verzweifeln, in unterirdischen Tiefen stetig ihr Leben aufs Spiel setzen und durch rohe Behandlung vergällt man ihnen jeglichen Tag.

Der Mangel an der Arbeiterchaft zugänglichen Lokalen hat die Gewerkschaftsbewegung in Oberschlesien verhindert; der Sklave aber, der seine Kette bricht, wird stets zur Gewalttätigkeit neigen; der aufgeklärte Arbeiter benutzt Koalitionsrecht und Wahlrecht; der gepeinigete Paria greift zu Drohungen und Steinwürfen, wenn die ihm aufgezwungene Last unerträglich wird.

In Laurahütte kam es erst zur Gewalt, als Feuerlärm geblasen wurde. Die Menge war empört, daß man die Feuerwehr gegen sie requiriert hatte.

Möglichst wurde ein Mann verhaftet; er flüchtet; statt ihn entlassen zu lassen, legt man ihm die Sandkette an und erregt die versammelte Masse dadurch zum Zorn. Merkwürdigerweise hat, wie noch mitgeteilt wird, der Gerichtsvorfisende in der Urteilsbegründung behauptet, es wäre besser gewesen, schon früher auf die Menge zu schießen, als es tatsächlich geschehen ist. Unverständlich ist, daß der Vorlesende ferner als strafverdienend anführte, daß bei dem Beginn der Gewalttätigkeiten „Noch Korfanty!“ gerufen wurde. Bezeichnend war auch, daß der als Zeuge vernom-

mene Stationsassistent aus Laurahütte erzählte, „daß man am Krawalltage um Militär nach Beuthen D. Schl. telegraphiert hatte und daß man die Nachricht vom Herannahen des Militärs verheimlichen wollte, was „leider“ nicht gelungen sei!“ Wenn man aber die Absicht hatte, Gewalttätigkeiten möglichst zu verhüten, dann hätte man den Leuten rechtzeitig sagen müssen, daß Militär heranzieht, um sie zu warnen. Die Krawalle bis zur Ankunft des Militärs fortbauern und dann auf das wehrlose Volk schießen zu lassen — das kann doch wohl die Absicht nicht gewesen sein?

Die Volkserregung wurde den Angeklagten nicht zu gute gehalten; die jungen Leute unter 18 Jahren, Konjunktive Würschchen, wurden bestraft, als wären sie der Tageweite ihrer Handlungen voll bewußt; so führte der Laurahütter Krawallprozeß zu der Beurteilung zu mehr als vierzig Jahren Gefängnis.

Vereinigungsfreiheit, Koalitionsrecht und bessere Schulen — das sind die Mittel, mit denen dem Landfriedensbruch vorgebeugt werden kann, nicht aber Feuerspritzen, Kanonen und grausame Strafen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 22. September 1903.

Die Parteipresse und der Parteitag.

Daß der Parteitag durchaus kritisch beurteilt werden muß, gibt die gesamte Parteipresse zu. So schreibt der „Vorwärts“:

Wir, die wir so oft und so gern unsern Parteitagens freudigstes Nachwort gewidmet, wir haben die Pflicht, Kritik zu üben auch gegenüber der höchsten Instanz unserer Partei, gegenüber dem Parteitag selbst. Unsere Geauer sind eifrig beflissen, die Vorwürfe des Partei-

auszudeuten, die andern sehen das größte Unternehmen des „Auseinanderlassens“ fort und entdecken auch in diesem Parteitage Anzeichen des nahenden Sieges der „Revisionsisten“. Wir aber haben unbestimmt durch jederlei gegnerisches Verhalten unsere Ueberzeugungen auszuspochen und wir dienen der Partei, indem wir Mängel und Fehler, die wir wahrzunehmen glauben, nicht „vertuschen“.

Wo immer Tatsachen einer falschen, weichen, gefährlichen Taktik in die Erscheinung treten, da ist Anlaß und Notwendigkeit zum Kampf, und der „Vorwärts“ hat dann niemals, wie man ihm ohne Unrecht durch jederlei gegnerisches Verhalten unsere Ueberzeugungen auszuspochen und wir dienen der Partei, indem wir Mängel und Fehler, die wir wahrzunehmen glauben, nicht „vertuschen“.

Vielleicht zeigt man uns, da wir diese Ansicht über die Irrungen unsrer Parteitages aussprechen, wiederum der Meinung zum „Vertuschen“. Wir ertragen diesen Vorwurf in aller Gelassenheit, da wir wissen das Interesse der Partei zu wahren. Wir können die ungeheuren Erregungen einiger Genossen über die angeblichen unüberbrückbaren Gegensätze in unserer Partei durchaus nicht tragisch nehmen, denn wir erinnern uns, daß noch im Juli d. J. auch aus Anlaß der Vizepräsidenten-Angelegenheit, unser Parteigenosse Singer das Wort sprach:

Wir fehlt das Verständnis für die Notwendigkeit, unmittelbar nach einem glorreich beendeten Feldzug ohne Nötigung Fragen aufzuwerfen, aus denen — wenn auch natürlich mit Unrecht — die Gegner wieder neue Nahrung für die von ihnen verbreitete Legende von den tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie schöpfen.

Weil wir dieser selben Meinung huldigen, darum mußten wir uns einschließen nach den Erlebnissen und Ergebnissen von Dresden auch unser höchsten Parteitag, dem Parteitag selbst, ein kritisches Wort zu sagen.

Unser Nürnberger Parteiblatt meint:

In der Regel ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ein Sozialdemokrat seine Feder den Gegnern nicht leiht. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß auch bisher diese Mitarbeiterchaft sich von ganz vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, auf Gegenstände bezog, die außerhalb des Wertes unserer Partei liegen. Aber es gibt Zeitstrichen sachlichen, wissenschaftlichen und ähnlichen Charakters, in denen eine Mitarbeiterchaft denkbar ist, weil der sozialdemokratische „Wissenschaftler“ oder Literat keine Gelegenheit innerhalb unserer Presse hat, die Ergebnisse seiner Arbeit weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Hier die richtigen Grenzen zu ziehen, ist nur möglich, wenn bei allen die Feder führenden Genossen der erforderliche Takt vorhanden ist, der ist wertvoller als die auf das feinste gedrehtesten Resolutionen, die dem bössartigen immer ein Loch zum Entschlüpfen lassen, vor allem für diejenigen, welche die traurige Feigheit besitzen, anonym für die gegnerische Presse Angelegenheiten unserer Partei zu erörtern.

Man mag sagen, daß mit der neuen Taktik der Resolution nichts erreicht sei! Das wäre falsch. Mag auch auf dem Parteitage die von den Antragstellern gewünschte Wirkung nicht erfüllt worden sein, unter den Parteigenossen wird sie als Richtschnur des Handelns zu gelten haben, an ihr wird man Taten, Worte, Abstimmungen und literarische Leistungen in der Partei messen. Wir erhoffen uns deshalb fruchtbare Wirkung dieser wichtigsten Meinungsäußerung des Dresdener Parteitages.

Die Wiederwahl der alten Parteileitung und aller Kontrollkommissionen beweist, daß trotz allen Kampfes und Zwistes der Parteitag mit dem,

was bisher geleistet wurde, völlig zufrieden war, daß er in allen Bahnen das Schiff der Partei gelenkt sehen möchte.

Trotz aller Stürme auf dem Parteitag haben die festen Wollen unsrer Parteischiffes ausgehalten, kein Spänchen ist abgeplatzt, kein Riß wurde gerissen.

Keine Partei könnte diese Stürme ertragen! So ist auch der Dresdener Parteitag trotz seines unbefriedigenden Verlaufes ein Zeichen der inneren Stärke unsrer Partei.

Die „Schwäbische Tagwacht“ urteilt:

Unbedingte Zustimmung aber kann der Grundgedanke von Bebel's Rede beanspruchen, daß der Kampf gegen die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse ein Kampf für politische Reinlichkeit und Ehre ist. . . . Durch eine mit erdrückender Mehrheit beschlossene Resolution ist ausgesprochen worden, daß an unsrer sieggetränkten Taktik nichts geändert werden soll. Solimar und seine Freunde haben zum großen Teil selbst der Resolution zugestimmt, obwohl sie in der Debatte die einzelnen Sätze derselben bekämpft hatten. Aus welchen Motiven sie zustimmen, soll hier nicht untersucht werden, genug daß sie trotz zahlreicher ausgesprochener Zweifel den Weg weiter mit uns wandeln wollen, den wir bisher gemeinsam gewandert sind.

Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt:

Von der scheinlichen Garden- und Mehring-Debatte unterschied sich die eigentliche Verhandlung über und gegen den Revisionismus durch die wirkliche Wichtigkeit der Sache. Die Anklage Bebel's erweiterte die Vizepräsidentenfrage zum Versuch einer allgemeinen Abrechnung mit politischen Richtungen innerhalb der Partei, denen Bebel und viele antisozialistische und bürgerliche Neigungen nachsagen. . . . Daß unsre ehrlichen, kritischen Auseinandersetzungen mit der Resolution und über den Inhalt desselben begreifen sind, glaubt kein Mensch unter uns. Vielleicht ist Bebel der erste, der die Resolution revidiert. Wir müssen und können als einzige Partei auch politisch und taktisch revidieren, weil wir die einzige Partei sind, die mit den ökonomischen und politischen Verhältnissen fortgeschritten und fortgesetzt aus ihnen Nutzen zieht. Über hoffen möchte man, daß die taktischen Vorbehalte auf der einen und die Neigung zur Regenerierung auf der andern Seite verschwinden.

Die „Schl. Arb.-Btg.“ bemerkt:

Man kann es bedauern, daß die Debatte über die Mitarbeit nicht zu einer Klärung der Meinungen über diese wichtige Frage geführt hat, aber diese Debatte hat daneben auch manches Wertvolle zutage gefördert und jedenfalls eine Streitfrage entschieden, die zu Klären von der großen Mehrzahl der Genossen als brennendes Bedürfnis empfunden wurde. Von diesem Standpunkt aus war die Debatte und ein Beschluß unumgänglich notwendig.

Noch viel mehr trifft das von der Debatte über die Taktik zu, die zudem sich auf schönere Höhe erhob, in der das Persönliche nicht überpredigte, sondern nur so weit mit hineingezogen wurde, als es zur konkreten Beweisführung nötig war. Freilich könnte es fast scheinen, als ob die Klänge unsonst gewesen wäre, als ob der Bebel'sche Vorstoß in die Luft gegangen sei. Aber Bebel hat nicht gegen Gespenster gekämpft, das lehrt der Umstand, daß der Partei das Ansehen der Fortgänger gemacht wurde, das Lehren andre Erscheinungen, wie die Artikelserie „Was nun?“ des Karlsruher „Volkstribüne“, worin die neue Taktik als die Konsequenz der alten dargestellt wurde und andre mehr.

Die „Leipz. Volks-Btg.“ schreibt unter der Ueberschrift „Was nun?“:

Der Parteitag hat gesprochen. Sein Wort bedeutet die sozialrevolutionäre Konzentration des Proletariats. Er hat die Grenzlinien gegen die bürgerlichen Parteien klar abgegrenzt und die parlamentarischen Aufgaben der Sozialdemokratie scharf umrissen. Allein er hat die Diskussion über die Frage: Was nun? nicht positiv erschöpft; er hat nur negativ die überparlamentarischen Tendenzen abgelehnt. . . . Was jetzt hat die Sozialdemokratie den Parlamentarismus unter bürgerlichen Bedingungen akzeptiert. Das geht so lange, als es der bürgerlichen Gesellschaft nicht an Kopf und Krone geht. Sie muß sich aber bewußt bleiben, daß für sie im letzten entscheidenden Moment nur proletarische Bedingungen existieren und daß sie die proletarische Klasse nicht nur zu Wahlvereinen, sondern als kompakte Klasse organisieren muß, daß sie die 3 Millionen Wähler zu Kampfern gewinnen muß, wenn sie nicht von den Gegnern übertrüfft werden will. Also was nun? Die politische Organisation bis zum höchsten Grad der Spannungsfähigkeit ausbauen und innerhalb des so organisierten Proletariats sich über die letzten Mittel und Wege klar werden, die in Anspruch zu nehmen sind, wenn uns die herrschenden Klassen auf parlamentarischem Boden einen Entscheidungskampf aufdrängen sollten.

Im Anhalter „Volkstribüne“ schreibt Genosse Peus neben andern persönlichen Angriffen auf den Genossen Bebel:

Der Dresdener Parteitag hat gestern nachmittags 3 Uhr nach 8 Tage langer ununterbrochener qualvoller Sitzung seine Verhandlungen geschlossen.

Die Erörterung ward in die Debatten dadurch hineingebracht, daß man schon vor dem Parteitag, wie erst recht auf dem Parteitag, den, die bisher an der bürgerlichen Presse mitgearbeitet haben, die allgeringsten Motive zu diesem ihrem Tun unterwarf, daß man tat, als sei es gar nicht möglich, daß die Betroffenen hätten glauben können, vielleicht doch auch plausible Gründe für ihr bisheriges Tun gehabt zu haben, und daß man auch das nicht in Betracht zog, daß die Betroffenen vielleicht nicht ernsthaft genug über die Sache nachgedacht hätten. Nein, man fand die Erklärung nur darin, daß man die Betroffenen einfach als Männer ohne jedes Ehrgefühl hinstellte. . . . Wenn einzelne im Hufe des Revisionismus stehende Genossen, wie z. B. von Elm, gegen die Resolution gestimmt haben, so taten sie's nicht deshalb, weil sie etwa die in der Resolution beurteilten Bestimmungen anerkannten, sondern weil sie es unfruchtbar fanden, etwas zu beurteilen, was nach ihrer Meinung gar nicht existierte. Man bekämpfte doch keine Phantome.

Auch ich hätte aus denselben Gründen mit Nein stimmen können. Aber mit Solimar usw. habe ich es nicht getan, weil es weniger schlimm ist, Unschädliches und Ueberflüssiges zu bekämpfen

als das Mißverständnis aufkommen zu lassen, als wolle man das, was die Resolution 130 beurteilt.
Es gab übrigens unter den 11 mit Nein stimmenden Genossen auch solche, die, wie z. B. der Abg. Grenz, gegen die Resolution stimmten, weil sie ihnen nicht radikal genug war.
Was ist nun das Resultat? Daß alles so bleibt, wie es war! Nichts, was bisher schon geschah, ist für die Zukunft verboten; die alibetäre Taktik desjenigen Revisionismus, von dem in der Resolution nichts steht, der einfach darin besteht, daß das Mögliche geschieht, soweit die Rücksicht auf das Existenzrecht zuläßt, bleibt bestehen. Weibel hat sich und die Partei ganz überflüssigerweise in einen erbitterten Streit gebracht und dabei persönlich gewaltig an Ansehen verloren. Das ist tief bedauerlich.

Deutschland.

Berlin, 22. September. Nr. 6 des „Reichs-Arbeitsblatt“ ist erschienen. Die Nummer enthält u. a. einen Artikel über Arbeitslohn und Arbeitsleistung der preussischen Bergarbeiter im Jahre 1902, über die deutschen Arbeiter-Fachorganisationen im Jahre 1902, über die englischen Gewerksvereine Ende 1901, über die Bautätigkeit in deutschen Städten während des Jahres 1902, insbesondere Köln, über die Tätigkeit der Schlichtungskommissionen an den Gewerbegerichten im Juni, Juli und August.

Der Reichskanzler hat, wie wir vor kurzem meldeten, eine Ministerialkommission entsandt, um die Verhältnisse in den westdeutschen Textilbezirken zu studieren. Diese Kommission traf am 17. September in M. Gladbach ein, wo sie mehrere Spinnereien und Webereien besichtigte; dann begab sie sich nach Aachen.

Der gefürchtete Adler. Genosse Dr. Viktor Adler, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, wollte, wie sächsische Parteiblätter berichten, gelegentlich seiner Anwesenheit auf unserem Parteitage am Sonntag vormittag in einer öffentlichen Versammlung über das Thema „Sozialdemokratie und Sozialreform“ sprechen. Die Polizei verbot durch den Oberregierungsrat Kottig dem Genossen Adler jedes öffentliche Auftreten in Dresden.

Am Sonnabend abend sprach der österreichische Genosse Abgeordneter Bernerstorfer in einer Versammlung in Lößtau in Sachsen, ohne daß die sächsische Staats- und Gesellschaftsordnung zusammengebrochen ist.

Es hätte auch sächsische Geselligkeit nicht entsprochen, wenn die Regierung die Gelegenheit, sich anlässlich des Parteitags zu blamieren, verjümt hätte.

Rehbein entlassen. Gestern ist die Entlassung des Genossen Rehbein aus der Zuchthausanstalt bestätigt worden, die über ihn verhängt war, weil er nicht zum Bedienten an einem Soldaten werden wollte, der über die in seinem engsten Kreise vorgekommenen Mißhandlungen einen Brief geschrieben hatte.

Siebzehn Tage lang hat man unsern Genossen aber im Gefängnis schmachten lassen, ehe man dem Kaiser der öffentlichen Meinung nachgab.

Sieg in Straßburg. Bei der Bezirksstadtsratswahl in Straßburg hatte, wie dem „Reichs-Arbeitsblatt“ aus Straßburg gemeldet wird, die demokratische Partei Wahlerfolg errungen. Genosse Weiries erhielt 1751, Zehl (Zent.) 1116 Stimmen. Weiries ist somit gewählt.

Die übliche Arbeiterdeputation begrüßte den Kaiser, wie schon vorher bekannt gemacht worden war, in Danzig anlässlich der Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. Ihr Vorsitzender war Reichstagsführer Glas-Hagen. Der Kaiser antwortete in einer Ansprache, daß im Hinblick auf die ehrwürdige Geburt des deutschen Kaisers die deutsche Arbeiterklasse Freude und Erregung empfinden dürfte für die Eröffnung eines so wichtigen Feldes der Tätigkeit, auf dem sie ihre Tätigkeit ausüben kann.

Der Entwurf eines Kaiserpalastes wird in der heutigen Nummer des „Reichs-Arbeitsblatt“ in Form einer Illustration abgebildet. Der „Reichs-Arbeitsblatt“ bemerkt dazu:

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

Im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserpalastes kennen zu lernen, der in ganz erheblichem Maße an unsere Vorstellungen über die Kaiserpaläste anknüpft. Der Entwurf dieses Kaiserpalastes ist ein Werk, das nicht nur die äußere Form, sondern auch die innere Einrichtung in jeder Hinsicht als ein Werk der höchsten Kunst zu bezeichnen ist.

an den Ministerpräsidenten legt Chamberlain die Gründe seines Mißtrauens dar. Er ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Masse der Wähler zurzeit der Schutzpolitik feindlich gegenübersteht. Die Wichtigkeit der kolonialen Märkte, die Gefahr, sie zu verlieren, werde noch zu gering eingeschätzt. Dagegen seien starke Strömungen vorhanden für eventuell anzuwendende Restriktionen gegen Länder, welche einem leichteren Ausfuhrmarkt England widerstreben. Um dem Kabinett eine solche Politik zu erleichtern, müsse er (Chamberlain) aber ausweichen. Falls er, der gerade erst vor kurzem durch eine Broschüre sein fast vollständiges Einverständnis mit Chamberlains Ideen bekundet hat, nahm die Demission mit dem Hinweis an, daß Chamberlain außerhalb des Ministeriums noch viel mehr für seine Anschauungen werde werden können. Die beiden Staatsmänner werden also — das ist die allgemeine Auffassung — nach wie vor zusammenarbeiten dem gleichen Ziele zu. Chamberlain ist nicht der Mann, der sich resigniert zurückzieht; schon am 6. Oktober beginnt er die Reihe der Versammlungen und Banketts, wo er für seine politischen Anschauungen Propaganda machen wird.

Belgien.

Die Kommunalwahlen

sind durch königliches Dekret auf Sonntag den 18. Oktober festgesetzt. Sie finden zwischen 8 Uhr morgens und 1 Uhr mittags statt. Die Stichwahlen sind für Sonntag den 25. Oktober anberaumt. Am gleichen Tage finden sich die Unternehmer einerseits, die Arbeiter andererseits zusammen, um in Brüssel, Antwerpen, Lüttich und Gent je 4, in den übrigen Städten je 2 besondere Vertreter zu wählen. Die Wahlen entscheiden sich auf alle Kommunen und Gemeinden des Landes und die Parteien stehen schon seit Wochen im Wahlkampf; besonders haben die Sozialisten sehr fleißig gearbeitet.

Der Kongress der Gesellschaft für internationale Recht tritt am 29. September in Antwerpen zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Internationale Schiedsgerichte und die Monroe-Doktrin; ferner die internationalen Abmachungen über die Befreiung der Anarchisten.

Kleine politische Nachrichten. Die neunte Tagung des Internationalen katholischen Instituts ist im Sitzungssaal des Reichstages in Berlin eröffnet worden. — Auch Lord Balfour of Burleigh, Staatssekretär für Schottland, und Arthur Elliot, Finanzsekretär im Schatzamt, haben ihre Entlassung eingereicht. — An Stelle der zurückgetretenen englischen Minister sind ernannt worden: Rufus Chamberlain zum Schatzkanzler, Lord Selborne zum Kolonialminister, Arnold Forster zum Kriegsminister und Brodrick zum Staatssekretär für Indien.

Aus der Parteibewegung.

Genosse Bernhardt veröffentlicht in der „Sächs. Arb.-Zt.“ Wehrings Karte über Schönlank an Harden, um den Beweis zu führen, daß Wehrings Erklärung in verschiedenen Punkten unrichtig sei. Er will damit beweisen, daß Harden zu dieser Zeit bereits die Vorbereitungen zur Herausgabe der „Zukunft“ getroffen hatte, daß auch Hardens Bismarck-Begeisterung Wehring zu der Zeit bekannt war und daß dieser auch Weibel und Viehbach Harden gegenüber verdächtigt habe. Außerdem erklärt Bernhardt, daß aus der früheren Erwähnung der Karte in Wehrings Broschüre nicht zu ersehen sei, daß es sich um Schönlank gehandelt habe.

Genosse Hermann Weiling, Delegierter zum sozialdemokratischen Parteitag, ist — wie die „Sächs. Arb.-Zt.“ mitteilt — in letzter Nacht in Dresden eines jähren Todes gestorben. Als er nachts in sein Logis in der Gerichtstraße, wo er mit seiner Gattin wohnte, heimkehrte, glitt er auf der Treppe aus und schlug so unglücklich mit dem Kopfe auf, daß der Tod eintrat. Unser unglücklicher Genosse war Delegierter für Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Die Dresdner Parteigenossen werden mit uns auf das tiefste Anteil nehmen an dem traurigen Schicksal Hermann Weilings. Gestern noch in rüstiger Tätigkeit an den aufstrebenden Arbeiten des Parteitages teilnehmend, liegt er heute starr auf der Bahre. Nicht nur der Tod der Menschen an.

Das traurige Ereignis weckt, so schreibt der „Vorwärts“, die Erinnerung an einen gleichen Vorgang, der sich auf dem Parteitag in Halle a. S. am 17. Oktober 1890 zutrug. Dort starb ein Hamburger Delegierter, der Parteigenosse Baumgarten, während der Verhandlungen plötzlich am Schlaganfall. Die Leiche wurde nach Hamburg gebracht und die dortige Bevölkerung beteiligte sich außerordentlich zahlreich an der Beerdigung des allgemein geschätzten Parteigenossen.

ac. Ein Kongress italienischer sozialistischer Jugendvereine wurde dieser Tage in Florenz abgehalten. Beschlossen wurde die Gründung einer Föderation der sozialistischen Jugendgruppen mit dem Sitz in Florenz. Der Bund wird eine eigene Zeitung herausgeben, deren Inhalt für die heranwachsende Generation berechnet ist. Angenommen wurde eine Resolution gegen den Zarenbesuch.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Ausstand in Grummischau. Solange der Kampf um den Zehnjahrestag in Grummischau währt, ganz besonders aber in der letzten Zeit, haben die Fabrikanten und die ihnen freundlich gesinnte Presse sich bemüht, die Ausbeutung in einem Bereich unzulässig. Aber nicht genug damit. Sie haben auch in langen Artikeln und umfangreichen Flugblättern die Sache so hingezogen veräußert, als ob die Leitung des Arbeiterverbandes — in einigen dieser Fälle hat es sogar „die sozialdemokratische Jugendleitung“ — einen Streit selbst beim Zaune gestochen habe, um den Fabrikanten eine Machtprobe zu liefern. Die Arbeiterverbände Grummischauer Arbeiter und Arbeiterinnen, die ja so glücklich mit den bisherigen Verhältnissen leben, werden nur unwillig dem Kommando der Zentralleitung folgen. Ja sie würden herzlich gern wieder in die Fabriken zurückkehren und unter den bisherigen Bedingungen arbeiten, wenn sie andererseits durch die „Führer“ noch höhere Gehälter erhalten können. Und, da auf diesen Grund geachtet werden, konnte man natürlich in den unternehmerfreundlichen Kreisen leben. Inzwischen ist der Streikenden und Ausbeutenden Gegenüber gegeben worden. Wenn Willen vorhanden ist, so kann der Streik des Ausstandes zu beenden. Wir hoffen, daß eine geeignete Abstimmung stattfinden hat, in der sich die Ausständigen gegen bedingungs-

lose Wiederaufnahme der Arbeit erklärt haben. Jetzt liegt auch das zahlenmäßige Ergebnis dieser Abstimmung vor. Nur 116 Personen haben sich für bedingungslose Ausnahme der Arbeit entschieden; während 5596 gegen diese Zumutung, also für Weiterführung des Kampfes stimmten. Diejenigen, welche sich nicht an der Abstimmung beteiligten, waren teils durch Streikpostenstreifen daran verhindert, teils waren sie abgereist.

Durch diese Abstimmung sind die Nebenarten von den verführten Arbeitern, die gern unter den bisherigen Bedingungen arbeiten möchten, schlagend widerlegt.

Metallarbeiter. In Berlin streifen bekanntlich die Gürtler usw. Jetzt beschließen 208 Metallwarenfabrikanten mit 14700 Arbeitern einstimmig, falls die streikenden Gürtler und Metallbrücker nicht bis zum 28. September die Arbeit in allen Betrieben bedingungslos wieder aufnehmen sollten, am 30. September sämtliche Arbeiter zu entlassen. Die Metallarbeiter werden sich auch dadurch nicht einschüchtern lassen.

Gegen den Bürgermeister von Barby fand am Sonnabend in Barby eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt. Genosse Koch referierte über das Thema „Welche Motive veranlassen die Unternehmer, sämtliche Verbandsmitglieder auszusperrten?“ Er führte aus, daß die Unternehmer im Jahre 1898 nur organisierte Arbeiter beschäftigten wollten und jetzt haben sie im Gegenteil die Marotte, nur solche Leute zu beschäftigen, die ihren Austritt aus dem Verbands schriftlich nachweisen. Ob die Unternehmer dies aus eigener Anmaßung in so kurzer Zeit gelernt haben oder ob von irgendwelcher Seite geholfen ist, erklärt sich durch den Bericht in der „Volksstimme“, auf welchen der Kollege Koch in seinem Vortrage eingieng. Einem Unternehmer, welcher seine Erklärung rückgängig machte, sind vom Kuratorium des Hospitals die Arbeiten, die er schon seit Jahren gemacht hatte, nicht wieder übertragen. Am Schluß der Versammlung fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung bedauert es aufs tiefste, daß seitens des Bürgermeisters von Barby das Koalitionsrecht der handwerklichen Arbeiter gesetzwidrig illusorisch gemacht wurde. Sie erblickt darin einen Mißbrauch der amtlichen Befugnisse und spricht deshalb die Erwartung aus, daß seitens der vorgelegten Behörde alles geschieht wird, um den Bürgermeister in die Schranken zurückzuweisen.“

Die Frage der Angliederung des Allgemeinen deutschen Gärtner-Vereins an die Generalkommission, die zugleich eine solche der Verschmelzung mit der bereits angegliederten Deutschen Gärtner-Vereinigung (Hamburg) ist, soll durch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern entschieden werden. So beschloß der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Gärtner-Vereins in seiner Sitzung vom 6. September. Die Urabstimmung soll anfangs Oktober stattfinden. Sie ergibt hoffentlich eine solche Mehrheit für die Einigung und für den Anschluß, daß neue Abplitterungen, auf welche hingearbeitet wird und die christlichen Gewerkschaftsführer schon lange hoffen, vereitelt werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. September 1903.

Fleischergesellen. Auf die am Mittwoch abend stattfindende Fleischerverversammlung, die in Müllers Lokal stattfindet, machen wir nochmals aufmerksam mit der Bitte, für regen Besuch derselben bei den Fleischergesellen zu agitieren.

In der Maschinenfabrik von Rudolph u. Co. arbeitet die Gießerei seit einigen Tagen wieder kurze Zeit. Das bedeutet für die Arbeiter geringen Verdienst. Das Glend geht also wieder an, obgleich es für die reiche Besitzerin eine Kleinigkeit wäre, etwas mehr Vorrat arbeiten zu lassen und dadurch die Leute volle Zeit zu beschäftigen. Aber auch sonst verleiht diese Maßnahme. Die Former arbeiten nicht alle verkürzte Zeit. Der Meister Wolf hat sich einige herausgesucht, die voll arbeiten können. Der Zweck ist klar; es soll Zwietracht unter den Kollegen entstehen. Wir hoffen, daß solche Maßnahmen das Gegenteil erzeugen. Fester Zusammenschluß der Kollegen und in erster Linie der Former ist mehr denn je notwendig. Derartige Bemühungen, die stark nach Provokation schmecken, werden unterbleiben, wenn die Solidarität der Former erst eine vollkommene ist.

Prahlerische Annoncen. Die Frage, was sind prahlerische Annoncen, beschäftigte gestern das hiesige Schöpfungsgesicht und wurde dahin entschieden, daß es durchaus nicht nötig sei, daß etwas Unwahres in solch einer Anzeige enthalten sei, sondern daß es schon genüge, wenn sie in einer Weise verbracht werde, die geeignet sei, Aufmerksamkeit zu erregen, also „marktschreierisch“.

Es handelte sich in dem vorliegenden Falle um den Zahntechniker Richard Zimmermann hier, der seit Jahren in hiesigen Zeitungen seine künstlichen Zähne, das Stück zu 1,50 Mark dem Publikum anbietet und dabei zugleich, um den Konsumenten den Glauben zu nehmen, als liefere er zu dem billigen Preise minderwertige Ware, denjenigen eine Belohnung von 100 Mark bietet, der ihm nachweise, daß seine künstlichen Zähne schlechter seien, als die von andern Zahntechnikern für 3 bis 6 Mark verkauften. Nun hielt das Gericht keineswegs für erwiesen, daß Zimmermanns Ware geringwertiger sei, als die von anderer Seite gelieferte Ware, trotzdem wurden die Anzeigen als „marktschreierisch“ angesehen, weil das Anbieten der Belohnung prahlerisch klinge. Es wurde auf 3 Mark Geldstrafe erkannt.

Die Verhaftung zweier Sergeanten der städtischen Garnison ereignete gestern abend gegen 10 Uhr großes Aufsehen. Die beiden sahen „von sich eingenommenen“ Gesichtern, die in der Kaserne bekanntlich fast unumschränkt herrschen dürfen, machten auf der Straße großen Lärm.

Konferenz der preussischen Delegierten zur Beratung der Frage des taktischen Vorgehens bei den preussischen Landtagswahlen.

bg. Dresden, 20. September 1903.

Nach Schluß des Parteitaggs begeben sich die preussischen Delegierten nach dem „Volkshaus“.

Webel eröffnet die Verhandlungen und gibt ein Bild der durch den bekannten Ministerialerlaß seit der letzten Konferenz veränderten Sachlage. Während früher in Wahlkreisen, wo zwei oder drei Abgeordnete zu wählen sind, die Wahl in einzelnen Wahlgängen stattfand, müssen jetzt alle drei Abgeordneten von dem Wahlmann auf einmal gewählt werden. Damit ist unser früher kundgegebenes Bestreben, die liberalen Wahlmänner rechtzeitig festzunageln und wenn sie ihr Versprechen nicht halten, eventuell noch im letzten Augenblick im Stiche zu lassen, bis zu einem gewissen Grade unmöglich geworden. Aber jetzt noch ist es möglich, daß in einem solchen Falle des Werrats freisinniger Wahlmänner die gesamte sozialdemokratische Wahlmännerschaft ohne Beratung nunmehr den Liberalen nicht mehr wählt. Was wäre die Folge eines solchen Vorgehens? Bis jetzt war die Situation die, daß den Konserbativen nur 5 Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten. Käme es zu einem allgemeinen Kartell mit den Liberalen, so würde es leicht sein, die Konserbativen erheblich zu schwächen. Da aber leider ein solches Kartell gar nicht oder nur sehr vereinzelt zustande kommen wird, so wird das Resultat das sein, daß das nächste Abgeordnetenhaus wahrscheinlich eine konserbative Mehrheit haben wird. Die Folge wird die sein, daß für reaktionäre Gesetze die Bahn frei wird. Es ist jetzt kein Miquel mehr da, der sie verhindern könnte. Sollen wir es auf solche neue reaktionäre Gesetze, etwa auf ein neues Vereinsgesetz ankommen lassen? Und da meine ich: Wir müssen mit den Liberalen einmal Fraktur reden! (Sehr richtig!) Und wenn der Erfolg unserer Beteiligung der wäre, daß der letzte Liberale aus dem Abgeordnetenhaus verschwindet, auch dann bin ich für eine selbständige Beteiligung an den Landtagswahlen (Lebhafte Beifall.) Darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen. Es gibt Situationen, wo so etwas durchgeführt werden muß, koste es, was es wolle, und wo man die Dinge eventuell bis zur Katastrophe zu treiben hat. Es werden dann in Zukunft auch für die Reichstagsfraktion neue Aufgaben erwachsen. Sie wird im Reichstage Anträge zu stellen haben, wonach für alle Bundesstaaten das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen ist. Gleichzeitig werden die Abgeordneten, die wir in Preußen durchbringen, im Abgeordnetenhaus den Kampf gegen das Klassenwahlrecht aufzunehmen und das ganze Elend unserer Zustände in der nötigen Weise zu schildern haben. Das wird dann sicher im Volke Anklang finden. Zunächst bitte ich nun diejenigen Genossen, sich zu melden, die meinen Vorschlägen nicht zustimmen. (Es meldet sich niemand.) Dann frage ich, ob sonst jemand das Wort wünscht.

Abler-Kiel: Wir müssen damit rechnen, daß die Lehre, die wir dem Liberalismus werden erzielen müssen, von den Liberalen für die nächsten Wahlen beherzigt werden wird. Wir sehen ja jetzt schon, daß selbst die „Freisinnige Zeitung“ sich über die Frage sehr vorsichtig äußert und durchsichtigen läßt, daß auch Richter nach den Urwahlen vielleicht mit sich reden lassen werden. Nun, das können wir ja abwarten. Höchst bedauerlich ist, daß in einer großen Stadt der Rheinproving von unsern Genossen Wahlenthaltung beschlossen worden ist, weil hoch höchstens 10 Wahlmänner durchgeführt werden könnten. Das ist ganz egal. Wenn man an einem Ort auch keine Aussicht auf Erfolg hat, so können die durchgebrachten Wahlmänner doch Krämpfe werden, die für andere Wahlkreise nützlich werden können. Also strikteste Durchführung des Beschlusses der Beteiligung ist nötig. Empfehlenswert wird es sein, das Land in Abmachungsbezirke einzuteilen, deren Leiter die Organisation für ihr Gebiet in Händen haben und Abmachungen mit andern Parteien eingehen. Die Leiter dieser Bezirke werden ferner dafür zu sorgen haben, daß in jedem Wahlkreise ein Komitee eingesetzt wird, das feststellt, wo Wahlmänner aufgestellt werden können. (Webel macht darauf aufmerksam, daß es sich jetzt nur um die allgemeine Taktik handelt.) Wir bitten um die Zustimmung der Konferenz dazu, daß wir in Schleswig-

Holstein die dänische Partei im besonderen Sinne als bündnisfähig betrachten.

Auf Antrag Stadthagen wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Singer: Ich stelle fest, daß sich gegen die Ausführungen Webels in Bezug auf unsere allgemeine Taktik ein Widerspruch nicht erhoben hat. Wir sind einig darin, daß wir gemäß dem Beschluß der Berliner Konferenz mit der Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner überall, wo es möglich ist, vorgehen. (Sehr richtig!) Ueber die Taktik im speziellen hier zu debattieren, hat gar keinen Zweck. Wir müssen erst wissen, welchen Machtfaktor wir ins Gewicht zu legen haben, wieviel sozialdemokratische Wahlmänner gewählt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Erst dann kann die Entscheidung im einzelnen von der Zentralkasse getroffen werden. Hier werden wir uns vor allem noch darüber zu entscheiden haben, wie wir die nötige Munition für den Wahlkampf zu beschaffen haben.

Webel stellt fest, daß über die allgemeine Taktik niemand mehr das Wort wünscht. Die Konferenz ist also einmütig der Ansicht, daß die Partei selbständig vorzugehen habe, selbst auf die Gefahr hin, daß das Endresultat der Durchfall sämtlicher liberalen Kandidaten in Preußen, soweit es auf uns antommt, ist. (Beifall.)

Arons-Berlin bedauert, daß Webel und Singer unter allen Umständen die Annahme einer Kandidatur für den Landtag abgelehnt haben. In weiten Kreisen des Volkes wird dadurch das Vertrauen auf den Erfolg erschüttert. Das ist ein Gefühlsmoment, das in Betracht gezogen werden muß. Außerdem brauchen wir auch gerade im Landtag besonders gewiegte und gereifene Parlamentarier. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Webel und Singer zunächst in allen Wahlkreisen aufgestellt würden und dann je nach dem Ausfall der Urwahl sich entscheiden, wo sie annehmen. Redner tadelt es des weiteren, daß in einzelnen Wahlkreisen, wie in Breslau, Frankfurt a. M., mehrere Kandidaten aufgestellt seien.

Webel legt die Gründe dar, die ihn und Singer veranlassen, eine Kandidatur abzulehnen. Singer und ich sind mit Arbeiten bereits so überlastet, daß die Uebernahme weiterer Arbeiten für uns eine physische Unmöglichkeit ist. Dazu kommt, daß die Uebernahme einer solchen Kandidatur gerade für den preussischen Landtag mit einer ungeheuren Arbeitslast verbunden ist. Ich fühle mich ja heute noch beinahe wohler als vor 30 Jahren, aber ich weiß doch, daß ich nicht mehr denselben Meisterverdienst hinter mir habe. Ich will nicht eines Tages infolge Ueberarbeit zusammenbrechen, ich will doch möglichst lange mitmachen, und da muß man Maß halten mit seiner Kraft und Zeit. Sie können wirklich glauben, daß es mir und Singer eine wahre Wollust bereiten würde, einmal im Landtag aufzutreten, aber wir müssen auf das Vergnügen verzichten, wie man ja überhaupt mit den Jahren auf so manches Vergnügen verzichten muß. (Große Heiterkeit.)

Leopold-Beitz fragt an, ob nicht allgemeine Flugblätter für das ganze Land herausgegeben werden könnten.

Webel: Der Vorstand hat ja schon dafür gesorgt, daß das Landtagshandbuch, ein sehr gutes Buch, herauskam. Natürlich werden wir auch für Flugblätter sorgen. Das ist jetzt eine der nächsten Aufgaben des Vorstandes.

Müller-Berlin verteidigt, daß an manchen Orten wie Breslau schon mehrere Kandidaten aufgestellt sind. Er meint, daß Gegner daselbe getan hätten, habe die Sozialdemokratie an manchen Orten nicht warten können. Später könnten ja in diesen Bezirken unter den Kandidaten vorgenommen werden.

Abler-Kiel: Ich möchte empfehlen, in jedem der von mir vorgeschlagenen Abmachungsbezirke vielleicht einen Kandidaten zu postulieren. Die definitive Aufstellung der Kandidaten in den einzelnen Kreisen kann dann ja später erfolgen, wenn wir übersehen, wie die Chancen an den einzelnen Orten stehen.

Söhe-Breslau regt die Frage an, wie man sich bei den Urwahlen zu verhalten habe, um nicht die ebenfalls ausschlaggebende Stellung für die Abgeordnetenwahl zu verlieren. In Breslau z. B. sei zu befürchten, daß die Sozialdemokratie, wenn sie allgemein in der Urwahl bei etwaigen Stichwahlen die Freisinnigen als das kleinere Uebel wählt, den Freisinnigen die absolute Mehrheit sichert und dadurch ihre ausschlaggebende Stellung einbüßt. Man hat sich in Breslau dadurch zu helfen gesucht, daß man sich die Wahlmänner durch schriftliche Erklärung sichere.

Borgmann-Berlin bittet Webel und Singer, trotz der ausgeführten Bedenken ein Mandat zu übernehmen. Man könne ihnen ja dann Sekretäre stellen. (Webel ruft den Redner zur Sache.)

Arons-Berlin: Meine Anregung, Webel und Singer überall aufzustellen, bitte ich nicht ganz wörtlich zu nehmen. Ich meine nur, wir brauchen uns vor der Aufstellung von Doppellandidaturen nicht zu genieren. Die Breslauer mögen nach den lokalen Verhältnissen Breslaus richtig gehandelt haben, aber über solche Einzelheiten kann die Konferenz nicht entscheiden. Daß die Liberalen erst dann mit uns paktieren, wenn wir bei den Urwahlen die nötigen Wahlmänner durchgebracht haben, ist ihr Recht; wir müssen eben sehen, daß wir sie zwingen, im eignen Interesse Abmachungen mit uns zu treffen.

Die Debatte über die Kandidatenfrage wird geschlossen. Es handelt sich nur noch um die Geldfrage.

Singer: Ich stehe auf dem Standpunkt der Berliner Konferenz, daß die Zentralkasse für Landtags- und Kommunalwahlen nicht in Anspruch genommen werden kann. Andererseits können die Kosten unmöglich von den Kreisen allein aufgebracht werden, denn es wird sich um sehr erhebliche Summen handeln. Ich schlage Ihnen deshalb vor — die Parteileitung hat sich über diese Regelung verständigt — daß für die preussischen Wahlen ein besonderer Wahlfonds gegründet wird. (Sehr gut!) Dabei setzen wir voraus, daß die großen Geldzentren es für ihre Ehrenpflicht halten werden, von ihrem materiellen Ueberfluß, den sie zu opfern gewöhnt sind, abzugeben an diejenigen Kreise, die nicht über solche reiche Mittel verfügen. Wir werden uns auch nicht etwa auf den stolzen Standpunkt stellen, daß wir etwa Beiträge von außerpreussischen Wahlkreisen zurückweisen. (Große Heiterkeit.) Ich denke dabei an die Hamburger Genossen, die ja neben den Berlinern überhaupt als die Bankiers in der Partei gelten. (Heiterkeit.) Aus diesem Fonds wären dann die Kreise, welche die Kosten nicht selbst aufbringen können, zu unterstützen. (Allgemeine Zustimmung.)

Kremer-Düsseldorf begrüßt diesen Vorschlag mit Freuden. Der Vorschlag Singers wird hierauf einstimmig angenommen.

Webel: Damit sind die Beratungen beendet. Ich gebe unserer Hoffnung Ausdruck, daß die gemeinsame Sache, für die wir mit allen Kräften zu wirken bereit sind, von bestem Erfolge begleitet sein möge. (Lebhafte Beifall.) Ich wünsche Ihnen eine glückliche Reise. Auf Wiedersehen! (Arons: Im Abgeordnetenhaus!)

Schluß 6 Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. September 1903.

— Eine wichtige Arbeit für Parteigenossen gilt es heute Dienstag und die folgenden Abende zu erledigen, die Ausführung eines Beschlusses, die Agitation für die „Volksstimme“. Genossen, denen es ernst ist mit der Sache an ihrem Parteileben und die sich an der Agitation beteiligen wollen, bitte ich, sich am Freitag, den 26. September, um 6 Uhr im „Dreikaiserbund“, Große Storchstraße 7, zu erscheinen. Die Genossen der Alten Neustadt treffen sich abends 6 Uhr bei Lackenmacher, Ottenbergstraße 18. Je mehr Genossen erscheinen, um so leichter ist die Arbeit für jedeneinzelnen. Genossen! Laßt Euch nicht nachjagen, daß Ihr Parteiarbeiten vernachlässigt!

— Eine Stadtverordneten-Versammlung findet am Donnerstag den 24. September, nachmittags 4 Uhr, im Altstädter Rathaus statt. Der öffentliche Teil der Tages-

Thiel, „wir müssen die Stadt verteidigen, bis die Kommissare der Nationalversammlung kommen.“

Als die Bürgerwehroffiziere hörten, daß die Bayern kämen, befahl sie ein ungeheurer Schrecken. Sie hatten wohl alle tausendmal beim Schoppen geschworen, Gut und Blut für Freiheit und Vaterland zu opfern — aber es ist schöner für das Vaterland zu leben, als für dasselbe zu sterben.

Und so beschloßen sie, ungeachtet aller Einsprache Thiels, an den bayrischen Kommandanten einen Boten zu senden mit der Meldung, daß die Bürgerwehr von Gersdorf die Waffen nur trage, um bis zum Einzug der Bayern die Ordnung aufrechtzuerhalten. Alsdann würde die Bürgerwehr die Waffen niederlegen.

„Damit wird Ihre Frau wohl zufrieden sein,“ sagte Thiel, dem Hauptmann Maufsig auf die Schulter klopfend. Der Hauptmann sah ihn grimmig an und knurrte: „Man käme vielleicht am besten weg, wenn man gewisse Anstifter und Rädelstührer des Aufsturus festnehmen und sie den Bayern ausliefern würde.“

Da erkannte der brave Thiel, daß seine Rolle zu Ende sei. Es war kein Zweifel mehr; er mußte fliehen, wenn er nicht auf lange Zeit hinter die schwedischen Gardinen kommen wollte.

Aber Luise? Besüßelten Schrittes eilte Thiel nach dem Winderthens Hause. Luise stürzte ihm weinend entgegen und warf sich an seine Brust.

(Schluß folgt.)

Kleines Feuilleton.

— Ueber Otto Fischer, den Zeichner des prächtigen Titels der Dresdner Parteitaggs-Festschrift, liegen neue wichtige Mittheilungen vor. In der vorletzten Nummer der „Zeitschrift für Bücherfreunde“ (Beilage u. Klänge) schreibt Professor Dr. Singer seine durch fünf Seiten dieser Zeitschrift laufende Artikelserie „Der Kupferstich“ ab, die auch als Buch in der bekannten Form der „Beilage u. Klänge“ Monographien erscheinen wird. In dem letzten Abschnitt dieser Monographie schildert Fischer besonders günstig ab. Was wir...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.

(51. Fortsetzung.)

„So, so!“ sagte Frau Wäckermeister Maufsig mit einer Stimme, die dem Bürgerwehrliebes durch Mark und Bein ging, „Du willst revoluzzen und Hochverräter spielen, bis es mit Galgen und Rad endet!“

„Galgen und Rad!“ murmelten einige Mitglieder des neuen Sicherheitsausschusses erblichend. Maufsig jentte das Haupt.

„Siehe Frau,“ rief Thiel ärgerlich, „stören Sie unsere Verhandlungen nicht; wir haben Wichtigeres zu tun, als Ihr müßiges Geschwätz anzuhören!“

Die Wäckerin sah ihn geringschätzig an. „Ob Sie junger Mensch an den Galgen kommen oder nicht,“ sagte sie, „das macht mir auch nicht den geringsten Kummer. Aber meinen Mann nehm' ich mit nach Hause und den Frauen der andern werd' ich auch sagen, was für pflichtvergessene Familienväter sie sind.“

Damit stieß sie ihren Mann vor sich her und trieb ihn hinaus. Die andern Ausschußmitglieder aber fürchteten, ihre Frauen möchten auch erscheinen, und machten sich unsichtbar. In zwei Minuten hatte sich der Ausschuß verkrümelnd und der Präsident Thiel blieb allein zurück.

„Diese verdammten Spießbürger sind wirklich der Freiheit unwürdig,“ brach er im Zorn los. Aber er verlor den Mut noch nicht. Es gelang ihm, einen neuen Ausschuß zusammenzubringen, der aus einer Anzahl demokratischer Kleinbürger bestand. Als am Abend ein großes Plakat angehängt wurde, in dem es hieß, der Sicherheitsausschuß bürgte für die öffentliche Sicherheit, da waren die guten Bürger beruhigt. Thiels Name war in aller Mund. Er hatte sich als Präsident des Sicherheits-Ausschusses unterzeichnet und das gab ihm ein ungemeines Ansehen.

An diesem Abend hatte Raizenmayer bei Frau Winder einen schweren Stand.

Raizenmayer wollte beweisen, daß die Diktatur Thiels unmöglich lange dauern könne.

„Ach was,“ sagte Frau Winder, „wir sind Präsident geworden und Sie sind vorläufig gar nichts.“

18. Kapitel.

Die Straßbahnen.

Eine gut geölte und geschmierte Staatsmaschine bleibt wegen eines plötzlichen Regierungswechsels noch lange nicht stehen, sondern läuft darum ruhig weiter. So ging es auch nach Erlass des Neumundneunjährigen plötzlicher Flucht. Der Sicherheitsausschuß sorgte dafür, daß keine Erzeße vorfielen; die Bauern zogen am nächsten Morgen, nachdem sie von den Städtlern bewirtet worden, wieder heim, und die Masse in der Stadt war ganz beruhigt.

Der Sicherheitsausschuß sah am andern Tag gegen Abend beisammen und beriet, was mit der neuen Gewalt anzufangen wäre. Die Deputation an die Nationalversammlung war nach Frankfurt abgegangen, und wenn die Versammlung sich wirklich sofort entschloß, Kommissare zu senden, so konnten diese vor drei Tagen kaum da sein. Was inzwischen tun?

Es wurden die mannigfaltigsten Vorschläge gemacht — da kam ein Votum mit einer Stobspost. Sie sprengte den Ausschuß abermals auseinander. Der Votum meldete nämlich, daß im nördlichen Bayern zwei Bataillone Infanterie zusammengezogen worden seien und auf Gersdorf marschierten. Sie könnten, schloß der Votum seine Meldung, nicht mehr weit von der Grenze entfernt sein und würden jedenfalls den andern Morgen Gersdorf erreichen.

Die Mitglieder des Ausschusses stoben auseinander wie ein Schwarm Tauben, unter die der Dabicht gefahren ist. Thiel konnte sie nicht halten. Er eilte zu dem Kommandeur der Bürgerwehr und fand die Offiziere dort versammelt. „Jetzt müssen wir dem Feinde die Zähne zeigen,“ rief

ordnung umfasst 21 Punkte. Hauptsächlich handelt es sich um Bewilligungen, Verpachtungen usw.

Kampf von Schülern mit Novydis. Ein ungeheurer Aufruhr entstand am Montag Abend 7/10 Uhr auf dem kleinen Messplatz. Dort hatte sich eine ganze Reihe besonders roher Burischen zusammengefunden, um an den Karussells den größten Unfug, namentlich mit Mädchen zu treiben. Als zwei Schulkinder dazu kamen, wurden dieselben mit einem fürchterlichen Särm empfangen, so daß sie den Platz sofort wieder verließen. Als bald kehrten sie aber mit einer Verstärkung zurück und mit gezogenem Säbel wurde der kleine Platz geräumt. Durch das flüchtende Publikum wurden verschiedene kleine Buden und Stände umgeworfen, so daß den Besitzern zum großen Teil ein Schaden dadurch erwachsen ist. Schon um 7/10 Uhr mußten die Karussells ihren Stand schließen. Es wurden verschiedene Personen verhaftet.

Ein trauriger Vorfall spielte sich gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr auf dem Breitenweg ab; dort wollte der Bote Hugo Schnorre einen Motorwagen besteigen. Selbiger war aber in sehr schneller Fahrt und der Bedauernswerte rutschte vom Trittbrett herab, stürzte nieder und wurde in diesem Augenblicke von einem Fleischwagen überfahren. Der Unglückliche wurde sofort in ärztliche Behandlung gebracht. Außer einer Rückenquetschung hat der Bedauernswerte auch eine heftig blutende Kopfverletzung davongetragen.

Ein nettes Fräulein scheint der Formerlehrling Hugo Schneider, in Neustadt wohnhaft, zu sein. Derselbe kam gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr mit mehreren jungen Leuten gleichen Alters in der Nähe des Messplatzes in Streit, im Verlauf dessen sich sein Messer zog und damit den Druckerlehrling Carl Langenthal aus Neustadt derartig bearbeitete, daß selbiger aus vielen Wunden blutend von seinen Kameraden nach Hause gebracht werden mußte. Der jugendliche Messerheld war verschwunden, aber seine Personalien sind festgesetzt.

Ein Bahnglück ist auf dem städtischen Hafen gestern Abend gegen 10 Uhr passiert. Beim Rangieren sind mehrere Wagen, welche auf ein Nebengleis überführt waren, wegen des Gefalles zurückgerollt und mit dem Zuge zusammengestoßen. Der Stationsvorsteher Beau, welcher auf dem Trittbrett der Lokomotive stand, wurde ganz zusammengedrückt und schwer verletzt nach dem Krankenhaus geschafft.

Im Naturheilverein Prießnitz spricht am Donnerstag den 24. September im Reichshaus (Kassenraum) Herr Lang über „Erbare Pflanz“. (Erläuterung an Tafeln und frischen Exemplaren.) Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Walhalla-Theater. Aus dem reichhaltigen Programm haben wir hervor: Der Herrschaft Herr Fritz Schmidt erfreut sich allabendlich reichen Beifalls seitens der Zuhörer. Das reichhaltige Repertoire des jugendlichen Künstlers rechtfertigt den Erfolg vollauf. Die Herrschaft Komde des sozialen Mißens behandelt, möge seine Leser aus folgender Probe selbst ersehen.

Die Strafe des Sonntags: „Du bist doch sonst nicht so...“

Unser Herr Staatsminister
Liest das allerhöchste Gebot
Und der Welt.
Sehr lebhaft zugehen ist er,
Aber manchmal spart der König,
So er kann.

Rechtlich kann ja ihm ein etwas Durschnittpersonen,
Sagst: „Ach Herr Minister, was Schick ist viel zu sein,
So ja gut und liegt mir doch ein paar Stunden zu,
Denn ich bin doch ein so hübschig du,
Du bist doch sonst nicht so!
Da gehst du viel zu früh,
Denn gibst du für mich nicht her?“

Doch der Herr Minister sprach:
„Es kommt alles nach und nach,
Rechtlich magst du ruhig sein,
Galt's Wohl und Jung: Die Recht an Recht!“

Sie mehrere Kinder gelangen die Eltern Mütter und Geschwister von Schwestern u. nicht mehr, sie werden ungeschiedet werden. Herr Schmidt hat diese Vorgänge in humorvoller Weise geistl. wie folgende Probe zeigen:

Schule und geistige Erziehung. Der Beginn der Schulzeit ist für viele Kinder ein sehr wichtiger Moment. Sie werden von den Eltern in die Schule gebracht, um dort die ersten Schritte der geistigen Erziehung zu tun. Die Eltern sind verpflichtet, ihre Kinder zu erziehen und zu unterrichten. Die Schule ist der Ort, an dem die Kinder ihre geistige Erziehung erhalten. Die Lehrer sind verpflichtet, die Kinder zu unterrichten und zu erziehen. Die Eltern sind verpflichtet, die Kinder zu unterstützen und zu ermutigen. Die Schule ist der Ort, an dem die Kinder ihre geistige Erziehung erhalten. Die Lehrer sind verpflichtet, die Kinder zu unterrichten und zu erziehen. Die Eltern sind verpflichtet, die Kinder zu unterstützen und zu ermutigen.

Die Lebensführung wird aber sicherer vermieden, wenn beide Hälften gleichmäßig belastet werden, und das geschieht namentlich durch Beschäftigung mannigfacher Arbeiten, Handfertigkeit, Turnen, Spielen, Wandern. So ergibt sich aus physiologischen Gründen, daß zur Schonung des Gehirns körperliche Übungen nicht minder notwendig sind, wie zur gleichmäßigen Ausbildung des ganzen Menschen.

Großmutter hat eine Geschichte erzählt:
Es war mal ein Unteroffizier,
Der gab den Soldaten fast all' seinen Sold,
Schien ihnen Zigaretten und Bier,
War freundlich und milde zu jedem Rekrut,
Er sagte bloß immer: „Ach, sein Sie so gut!“
Und abends gab er zum Schluß
Noch jedem Soldaten 'nen Krug.
— Da riefen die Kinder: Die Geschichte war fein;
Erzähl' uns noch eine, lieb's Großmütterlein!

Großmutter hat eine Geschichte erzählt:
Ein Keller serviert einem Gast,
Der trank zwei Bier, gab dem Keller 10 Mark
Und ging darauf fort voller Gast.
— Und jetzt kauft der Keller von Haus zu Haus:
„Wo ist denn der Mann, der kriegt Geld
wieder raus?“
Und weil er den Gast nicht erblidt,
Da wurde der Keller verrückt.
— Da riefen die Kinder: Die Geschichte war fein;
Erzähl' uns noch eine, lieb's Großmütterlein!

Diese humorvolle Bosheit belächeln selbst die, auf die sie gemünzt ist. — Den bekannten „bescheidenen“ Sozialpatriotismus der Berliner geißelt Herr Schmidt durch folgende Strophe:

Großmutter hat eine Geschichte erzählt:
Es saßen vier fröhliche Burischen beim Wein,
Der eine war aus Hamburg, der andre aus Wien,
Der dritte aus Köln an dem Rhein.
Sie renommierten mit lautem Gebrüll;
Der vierte allein war traurig und still.
Da fragten die dreie verbumdelt ihn:
„Woher bist denn du?“ — „Aus Berlin!“
— Da riefen die Kinder: Die Geschichte war fein;
Erzähl' uns noch eine, lieb's Großmütterlein!

Provinz und Umgegend.

Brandenburg a. S., 20. September. (Gefährlicher Kinderfreund.) Als am Sonnabend der Amtsvorsteher von Behnin sich auf einer Dienstreise nach dem Dorfe Rahms befand, sah er plötzlich in der Nähe einer Schomung, wie ein kleines, völlig entkleidetes Mädchen vor einem Manne, der es einzufangen suchte, entfloß. Da das Kind direkt auf sein Fuhrwerk zu kam, ließ er halten, warf sich dem Menschen entgegen und übermühtigte denselben. Der Unhold hatte dem Kinde, das Besorgungen für seine Eltern, Schiffsleute aus Rahms, gemacht hatte, auf der Chaussee angelauert und in den nahe gelegenen Wald verschleppt, um es dort zu vergewaltigen. Der Unmensch wurde noch am selben Abend durch einen Gendarmen in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Burg, 20. September. (Gewerkschaftsartikel.) Anwesend waren in der letzten Sitzung 21 Delegierte. Zunächst erhalteten einige Genossen Bericht von der Landagitation. Von dieser wurde mitgeteilt, daß es unter den Arbeitern betriffs ihrer Lohnverhältnisse sehr trübe aussieht, dieselben aber aus Furcht vor den Unternehmern auch nicht den Mut haben, sich den Verbänden anzuschließen. Der Sekretär, welcher bei den Tägern gehalten wird, beträgt 12, 13 bis 15 Mark. Da nun vor einiger Zeit einige Arbeiter gemäßigter worden sind, weil sie dem Verbände angehören, ist natürlich bei den Unternehmern der Mut noch mehr gesunken.

Was besser sieht es in Barch aus, wo schon eine Organisation besteht. In diesen kleinen Dörfern wie auch in vielen Städten steht der Arbeiter kein Sozial zur Verfügung, in dem sie ihre Lebenslage besprechen und beraten können. Trotzdem werden die Arbeiter nicht zurückzucken und in der Arbeiterbewegung weiter kämpfen. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Arbeiterorganisation in Burg es abgelehnt hat, sich dem Gewerkschaftsartikel anzuschließen.

Egeln, 21. September. (Die Gipspilze.) Nämlich der Provinzialrat, sind natürlich sehr entrüstet über die treffende Bezeichnung, die wir ihnen zuteil werden lassen. So meint in einem langen Erwiderungsartikel das „Egeln. Tagesbl.“:

„Und leid wurde uns jemand tun, der nur die „Magd. Volksstimme“ zu seiner Lesart gewählt hätte, er wäre doch recht einseitig beraten und noch dabei in einem oft sehr ungeschönten Tone. Es würde ganz gewiß zu keinem großen Nutzen sein, wenn er daneben noch das — „Egelnische Tagesbl.“ lesen würde.“

Es der Ton des „Egeln. Tagesbl.“ „schön“ ist, wollen wir nicht prüfen; wir beschränken uns, daß es sehr — langweilig ist. Wenn jemand eines Schmalzmittels bedarf, würde das hiesige Lokalblättlein für ihn in der Tat „den großen Nutzen“ sein.

Gommern, 17. September. (In der heutigen Stadtverordnetenversammlung) wurde die am 10. August d. J. stattgehabte Stadtverordneten-Wahl für gültig erklärt. Dann wurden durch den Herrn Bürgermeister die beiden Stadtverordneten Genosse Karl Voigt und Schulmeister G. Volkholz in ihr Amt eingeführt. Zum Mitglied der Finanzkommission wurde Herr Volkholz

gewählt. Sodann wurde die Magistratsvorlage betreffend Beleuchtung und Nachschuß des Stadtteils vor Danniglow nach längerer Diskussion angenommen.

Die in diesem Stadtteil wohnenden Bürger hatten unter andern auch noch gebeten, für die hier in Frage kommenden 50 Schulkinder mit Rücksicht auf den weiten Weg nach der Schule in der Stadt andre Schulgelegenheit zu schaffen. Nach Ansicht des Magistrats läßt sich dieser Wunsch schwer erfüllen.

Genosse K. Voigt trat für ein dort zu errichtendes Schulhaus sowie für Anstellung eines Lehrers ein, denn wo 50 Kinder in Frage kämen, sei das ein Nothwendigkeit. Außerdem regte er noch die Einschulung dieser Kinder in die Gemeinde Danniglow an. Der Herr Bürgermeister erklärte darauf, daß eine Schule dort nicht errichtet werden könnte, weil nach einer Verfügung der Unterrichtsbehörde dazu — 60 (!) Kinder erforderlich seien.

Ferner wurde für die in der Provinz Schlesien durch Hochwasser Geschädigten eine Beihilfe von 100 Mark einstimmig bewilligt. Weil der Herr Musikmeister S. H. Kraut hier Platzkonzerte veranstaltet hatte, und um — wie der Magistrat in seinem diesbezüglichen Schreiben an die Stadtverordneten so schön sagt — „das Ansehen der Stadt nach außen hin zu fördern...“ wurde dem Herrn der Titel „Stadtmusikdirektor“ verliehen.

Der Besuch der Kaiserin auf der Heißtücke Vogellang hat der Stadt 228,30 Mark gekostet. Der Magistrat erucht um Nachbewilligung dieser Summe. Die bürgerlichen Stadtverordnete wollten ohne Debatte diesem Wunsche entsprechen. Unser Genosse Voigt sprach indessen gegen den Vorschlag. Er hob die etatsrechtlichen Bedenken hervor, die solchen Nach Bewilligungen entgegenstünden; der Magistrat hätte seiner Meinung nach Zeit genug gehabt, die Ansicht der Stadtverordneten in dieser Frage zu erfahren. Außerdem hätte der Besuch der Kaiserin nicht der Stadt gegolten, und hätte deshalb der Magistrat, selbst wenn es von anderer Seite „gewünscht“ worden sei, keinerlei Veranlassung gehabt, zu solchem Zweck Geld auszugeben. Genosse Voigt erklärte sich entschieden gegen den Antrag.

Bürgermeister Hennig antwortete darauf, daß tatsächlich keine Zeit gewesen sei, eine Stadtverordnetenversammlung zur Regelung dieser Angelegenheit einzuberufen. Auf die übrigen Ausführungen unseres Genossen eingezugehen, verzichtete er.

Die Summe wurde gegen die Stimmen unserer Genossen bewilligt — Es wurde noch einem eiligen Antrag an den Justizrat zugestimmt, wonach dieser an die Stadt für die Uebernahme der Unterhaltungspflicht der Hagen- und Burgstraße am 1. November d. J. 18 500 Mark zahlen soll.

Grünigen, 19. September. (Um das Koalitionsrecht der Steiniger) handelt es sich in einem in den letzten Nummern der „Allgem. Steiniger-Zeitung“ eingehend besprochenen Fall. Ein Brief des Vorsitzenden des Steiniger-Verbandes an den hiesigen Unternehmer Krebs wurde in der „Deutsch. Arbeiter-Ztg.“, dem bekannten, der Aushebung der Unternehmer gewidmeten Organ, mit folgender Einleitung abgedruckt:

Der Steinigermeister Krebs in Grünigen bei Magdeburg kündigt seinen Leuten, weil sie seiner Ansicht nach durch den Vorsitzenden des Verbandes der Steiniger, Pfaffinger und Berufsgeoffenen Deutschlands aufgewiegelt waren, und stellte die Bedingung, daß seine Leute nur dann, wenn sie aus dem von diesem Vorsitzenden neu gegründeten Verband austreten würden, wieder bei ihm beschäftigt werden könnten.

Die betregten Steiniger sind daraufhin aus dem Verbande ausgestiegen, sind in Arbeit geblieben und ist hierdurch das frühere friedliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern wieder hergestellt worden.

Hierauf erhielt Herr Krebs dann folgenden Brief:

Wie die „Allg. Steiniger-Ztg.“ mitteilt, ist es unwahr, daß die Arbeiter des Herrn Krebs von dem Vorsitzenden des Verbandes ausgehebt worden sind, da sie ihn nicht kannten; es ist unwahr, daß das friedliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter erst „wiederhergestellt“ worden ist, da vorher auch keinerlei Forderungen an den Arbeitgeber gestellt worden sind; endlich ist es unrichtig, daß „hierauf“, nämlich nach dem Austritt der Steiniger aus dem Verband, der fragliche Brief abgegangen ist.

In diesem Schreiben macht der Vorsitzende des Verbandes Herrn Krebs auf die gerade für ihn unter Umständen recht unangenehmen Folgen der Maßregelung aufmerksam und erklärt, daß die Arbeiter sich sehr wohl einmal nach dem Willen der Unternehmer richten und bei diesem oder jenem Mitgliede der Magdeburger Steiniger-Znnung so lange bleiben könnten, bis Herr Krebs seine Arbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechts nicht mehr zu hindern sucht. Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ den Mut hat, diesen Brief eine „Kraftprobe“ zu nennen, so wird diese Behauptung schlagend durch einen andern Brief des Verbandsvorsitzenden an den Vorstand der Steiniger-Znnung widerlegt; diese wird nämlich in dem betreffenden Schreiben in der höflichsten Weise um ihr Einschreiten gegenüber Herrn Krebs gerade im Interesse des friedlichen Zusammenarbeitens ersucht.

Bis jetzt hat die Znnung freilich nichts getan, um eine „Kraftprobe“ zu verhindern. Unvermeidlich werden daher die Arbeiter um die Erringung ihres Koalitionsrechts zu kämpfen haben.

Schwanebed, 22. September. (Die besteuerte Kaiserin-Geburtstagsfeier.) Ueber einen Hereinfall hiesiger Patrioten, die ganz besonders schlau sein wollten, wird uns von unserm w. Korrespondenten in Berlin aus dem Oberverwaltungsgericht geschrieben:

Der Geselligkeits-Verein in Schwanebed wollte am 23. Oktober 1902 ein Tanzvergügen abhalten, änderte dann aber seinen Plan und hielt das Vergügen schon am 22. Oktober ab, dem Geburtstage der Kaiserin. Die Herren gaben das Vergügen für eine Feier dieses Geburtstages aus und waren sehr empört, als sie trotzdem zur Lustbarkeitssteuer mit 20 Mark herangezogen wurden. Die Steuerordnung für Schwanebed, die Unbilligkeiten betreffend, setzt für Tanzlustbarkeiten, die über Mitternacht hinausdauern, 20 Mark Steuer fest und bestimmt u. a. in § 4, daß Veranstaltungen von Feiern patriotischer Feste von der Steuer frei seien. Hierauf berief sich der Vorstand, indem er gegen die Bestimmung Einspruch erhob. Der Gemeindevorstand wies jedoch den Einspruch zurück, weil der Verein in Wirklichkeit nicht die Feier eines patriotischen Festes bezweckt habe. Die nunmehr erhobene Klage wurde ebenfalls zurückgewiesen.

Der Bezirksausschuß in Magdeburg führte aus: Die obwaltenden Umstände rechtfertigen den Schluß, daß der Verein die Feier seines erst für den 23. Oktober veranstalteten Vergügens nur zur Umgehung der Bestimmungen der Steuerordnung auf den 22. Oktober verlegt habe, um die 20 Mark Lustbarkeitssteuer zu sparen. Die bereits zum 23. Oktober ergangene Einladung des Vereins habe lediglich von einer gefälligen Veranstaltung gesprochen. Nachträglich sei erst beschloffen worden, das Fest auf den Geburtstag der Kaiserin zu verlegen. Hingzu kommt, daß der Verein jahrelang bestes und noch niemals patriotische Feiern abgehalten habe. Somit könne er keinen Anspruch erheben auf jene Vergünstigung der Steuerordnung. Der Vorstand legte noch Revision ein und behauptete empört, daß er doch habe eine patriotische Feier veranstalten wollen.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet.

Die patriotischen „Geselligkeiten“ von Schwanebed sollen tief enttäuscht sein, daß man ihren „vaterländischen“ Gesinnungen so wenig Berücksichtigung entgegenbringt.

Stahfurt, 19. September. (Das hiesige Gewerkschafts-Kartell) schloß in seiner gestrigen Sitzung u. a. folgendes: Das „Reichsarbeitersblatt“ wird vom Kartell abgelehnt, mit der Maßgabe, daß jedes Fest zu jeder Zeit dem Kartell zur Verfügung steht, und nach Ablauf jedes Quartals der Volksvereinsblättel übergeben wird.

Der Genosse Thiel-Kassel hat sich zu wissenschaftlichen Experimentalarbeiten angeboten. Diesbezüglich wird beschlossen, in den Gewerkschaften umfragen, wieviel Teilnehmer eventuell für diese Vorträge haben sind. Diefelben kosten pro Person 1,20 Mark. Hauptsächlich diese lehrreichen Vorträge unter den hiesigen Arbeitern recht beliebt sein, denn nur unter dieser Bedingung können dieselben veranstaltet werden. — Für die Eintrittskarten ausgeprägter Arbeiter wurden 25 Mark bewilligt. — Ferner wurde die Einrichtung eines Rechtsbüros beschlossen. Als Kunststoffsbeamteter wurde Genosse Langhorst gewählt, in dessen Geschäft, Weißengasse 39, der Rechtschutz erteilt werden wird. Das Nähere wird noch bekannt gegeben. — Ferner wählte das Kartell eine Kommission von drei Mitgliedern zur Agitation unter den Eisenbahnern. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Kasseher S. in Neudorf wurde in seinem Garten, an einem Baum hängend, tot aufgefunden. — Erhängt aufgefunden wurde im Schütz in der Nähe des Papenberges bei Neuhaldensleben der seit einigen Tagen ermordete Einwohner Trittel. — In Uken erhängte sich der Schiffer Friedrich Werfburg. — Jetzt sind am Galgenberge bei Burg wieder acht Schädel von menschlichen Skeletten, im ganzen bis jetzt elf, zur Tage gefördert worden. Auch den ziemlich starken Galgenstumpf hat man gefunden. Eine Urne mit Knochenresten ging leider beim Ausheben in Stücke. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 19. September 1903.

Beleidigung. Vom Schöffengericht zu Bernigerode wurde am 2. Juli 1903 der Bautechniker Gustav Köber aus Bernigerode, 23 Jahre alt, von der Anklage der Beamtenebeleidigung freigesprochen. In der heutigen Berufungssitzung wird der Angeklagte zu 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tagen Haft verurteilt.

Körperverletzung. Am 23. Juli 1903 wurden vom Schöffengericht zu Egeln wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurteilt: Die Arbeiter Karl Langemann aus Cochstedt, 19 Jahre alt, und Karl Gesse jun., 17 Jahre alt, zu je 1 Woche Gefängnis; Karl Gesse sen., 35 Jahre alt, vielfach vorbestraft, zu 2 Monaten Gefängnis. Die drei Angeklagten misshandelten am Abend des 15. März einen andern Arbeiter. Bei allen Angeklagten wird heute auf Grund der ermittelten Beweisaufnahme die Strafe ermäßigt. Die ersten beiden Angeklagten kommen mit je 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis davon. Gesse sen. wird mit 1 Monat Gefängnis bestraft.

Diebstahl. Der trotz seiner Jugend recht häufig vorbestrafte Arbeiter Gustav Secht aus Uckerleben, 19 Jahre alt, wird aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen einfachen Diebstahls zu verantworten. Am 10. Juli stahl er in der St. Stephanskirche in Uckerleben einem Mitarbeiter die Lederne Umhängetasche, welche derselbe mit zur Arbeit genommen hatte. Nachdem er das in ihr enthaltene Wepferbrot verzehrt hatte, verkaufte er die Tasche. Nur mit Rücksicht auf den geringen Wert des Objekts sieht der Gerichtshof davon ab, den Angeklagten in das Zuchthaus zu schicken. Das Urteil lautet bei 5jährigem Ehrverlust auf 1 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte tritt die Strafe sofort an.

Diebstahl. Am 6. August vermieteten sich in Uckerleben für ländliche Dienste zwei städtische Dienstmädchen. Offenbar wollten sie nur stehlen, denn als die anderen Arbeiterinnen nach dem Felde gingen, blieben sie unter niedrigem Vorwande zu Hause und räumten gehörig unter den Kleidungsstücken und dem Gelde der Schwefel auf. Wegen gemeinschaftlichen Diebstahls werden bestraft: Anna Krutz aus Hannover, 19 Jahre alt, vorbestraft, mit 4 Monaten, und Berta Schütz aus Trepeln, 18 Jahre alt, mehrfach vorbestraft, mit 9 Monaten Gefängnis. Beide in Untersuchungshaft sitzende Angeklagte beruhigen sich bei dem Urteil und treten die Strafe sofort an.

Urkundenfälschung und Schulverhinderung. Der zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtete Arbeiterbursche Paul Wülfner aus Osterwieck, 15 Jahre alt, verfauchte im Juli den Abendunterricht in einem Falle. Um sich vor der Bestrafung wegen unentschuldigtem Ausbleibens zu bewahren, fertigte er selbst einen Entschuldigungszettel an, wobei er den Namen seines Meisters nachahmte. Wegen Urkundenfälschung erkennt der Gerichtshof auf 1 Tag Gefängnis und wegen unerlaubten Fernbleibens von dem Unterricht auf 8 Mark Geldstrafe eventuell 1 Tag Haft.

Betrug. Im Mai und Juni d. J. entlich der vorbestrafte Arbeiter Albert Funke aus Bledendorf, 28 Jahre alt, in billiges Geld verkaufte. Wegen Betrugs wird der Angeklagte unter Einbeziehung der wider ihn vom Schöffengericht zu Holzminden am 15. August erkannten Gefängnisstrafe von 3 Monaten zu weiteren 5 Monaten verurteilt.

Diebstahl. Im September und Oktober 1902 stahl der häufig vorbestrafte Arbeiter Adolf Ulrich aus dem Kreise Johannisburg, 28 Jahre alt, in der Zuckerfabrik in Uckerleben eine Uhr und 17 Mark Geld. Die Uhr gab der Angeklagte dem Eigentümer wieder zurück. Unter Einbeziehung einer vom Landgericht in Bochum am 12. August wider ihn erkannten Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten wird der Angeklagte wegen Diebstahls in zwei Fällen zu insgesamt 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Sittlichkeitsverbrechen. Wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einem Mädchen unter 14 Jahren in zwei Fällen wird der Güttenarbeiter August Heidecke aus Neinstedt zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen Gefährdung der Sittlichkeit war während der Verhandlung die Deffenlichkeit ausgeschlossen.

Literarisches.

(Eingegangene Druckschriften. Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

„Neue Zeit“. 51. Heft des 21. Jahrganges. Preis 25 Pfg. Abonnement pro Quartal 3,25 Mark.

„Gleichheit“. Nr. 20 des 13. Jahrganges. Preis 10 Pfg. Abonnementpreis pro Quartal 55 Pfg., unter Kreuzband 85 Pfg.

Nr. 26 des „Simplicissimus“ ist erschienen. Preis 15 Pfg.

Bereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Seite 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Magdeburg, Abt. „Einigkeit“. Wilhelmstadt. Jeden Mittwoch Zusammenkunft im „Luisenpark“. 603

Neue Neustädter Arbeiter-Gefangenenverein. Donnerstag pünktlich 3/4 Uhr Übungsstunde. Erscheinen aller notwendig.

Briefkasten.

Älterer Abonnent, Alte Neustadt. Zur Trauung sind im allgemeinen erforderlich die Geburtsurkunde der Verlobten, die Sterberrkunden etwaiger früherer verstorbenen Ehegatten, bei früheren geschiedenen Ehen auch das Scheidungsurteil. Diese Urkunden sind bei den betreffenden Standesämtern bzw. bei dem Scheidungsgericht zu erfordern. Die Kosten sind gerina, im allgemeinen 50 Pfg. für jede Urkunde. Die Trauung ist umsonst.

S. S. B. Ein Kind braucht die Mutter nur zu unterstützen, falls diese der Unterhaltung bedürftig ist. Im Falle der Bedürftigkeit hat die Mutter das Recht, von ihrem Sohne eine Unterstüttung zu verlangen, falls dieser bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen imstande ist, ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren. Wenn ein Arbeiter 30 Mark verdient, muß er hiernach seine bedürftige Mutter unterstützen, falls er weder eheliche noch uneheliche Kinder hat und nicht verheiratet ist. Hat er Kinder oder ist er verheiratet, so wird er wohl kaum zur Unterstützung seiner Mutter gezwungen werden können.

U. Burg. Es ist lediglich Sache des Gerichts, ob es Ihnen die ratenweise Zahlung der Gerichtskosten gestattet, und welches die geringste Rate ist, auf welche das Gericht eingeht. Im allgemeinen pflegt das Gericht sich mit einer Ratenzahlung von etwa 3 Mark im Monat bereits zufriedenzugeben.

Müller, Burg. Haben Sie den Brief, enthaltend die Ratenschläge betreffend das Kind Ihrer Frau, erhalten? Geben Sie Ihre Adresse an!

S. S. Burg. Falls gerichtlich Lohnarrest angeordnet ist, hat ein Arbeitgeber die Pflicht, die Alimente vom Lohn abzuziehen; ist eine solche gerichtliche Anordnung nicht erfolgt, so steht dem Unternehmer das Recht zum Abzug nicht zu. Wenn ein vor dem 1. Januar 1900 geborenes Kind vier Jahre alt geworden ist, so kann der uneheliche Vater die Herausgabe des Kindes an ihn verlangen. Wird ihm die Herausgabe des Kindes ohne Grund verweigert, so braucht er keine

Alimente mehr zu zahlen. Das Vormundschaftsgericht kann aber z. B. die Erziehung des Kindes der Mutter übertragen. Ist das Kind nach dem 1. Januar 1900 geboren, dann darf der Vater die Auslieferung des Kindes an ihn nicht verlangen.

A. G. Ueberburg. Wer ein polizeiliches Arztnotizengutachten beibringt, kann die Bewilligung des Arztnotizes bei Gericht beantragen. Wird dieses gewährt, so ist der Antragsteller von Zahlung der Gerichtskosten befreit; er hat auch Anspruch auf Zuordnung eines Rechtsanwalts.

F. W. Ueberburg. Wenn das von Ihnen gekaufte Schwein an Mollaus fünf Tagen, oder an Schweineflechte binnen zehn Tagen seit Uebergabe oder noch vor Uebergabe krepiert ist, so braucht der Käufer nicht zu zahlen, auch wenn der Verkäufer nicht ausdrücklich für Gesundheit garantiert hat. (§ 482 BGB. u. Verord. dazu.) Hat der Verkäufer für Gesundheit garantiert und war das Schwein bei Uebergabe krank, so braucht Käufer ebenfalls nicht zu zahlen, ohne Rücksicht darauf, wenn das Schwein krepiert ist. Damit sind natürlich nicht alle Gesichtspunkte beleuchtet. Ihre Frage ist viel zu allgemein gestellt, als wir dies tun können.

Zwei grüne Jungen, Schönebeck. 1. Im allgemeinen ist es nicht verboten, Schusswaffen bei sich zu führen. Verboten kann es werden z. B. bei einem Belageungszustand, ferner ist das Tragen eines schußfertigen Jagdgewehrs auf fremdem Jagdrevier verboten. Auch kann durch Polizeiverordnung das Tragen von Stoß-, Stich- oder Schusswaffen, die in Städten, Märkten u. verborgen sind, verboten werden. 2. In Meß stehen 17 Regimenter.

Älter Abonnent, Förderstedt. 1. An sich sind Schulden, die ein Minderjähriger gemacht hat, nicht eintragbar. Der Vater eines Minderjährigen ist aber diesem gegenüber unterhaltspflichtig. Hat der Minderjährige nicht vollen Unterhalt erhalten und war deshalb genötigt, Schulden zu machen, so muß diese der Vater bezahlen. Augustgegenstände gehören nicht zum Unterhalt. 2. Bücher können Sie bei der Buchhandlung Volksstimme einbinden lassen.

L. Uckerleben. 1. Eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen steht jedem frei. 2. Nein. 3. Da müssen Sie schon bei den Genossen M., Berlin, selbst anfragen. 4. Um Mitglied der Freireligiösen Gemeinde zu werden, melden Sie sich gefälligst schriftlich bei Dr. Kramer Magdeburg, Lessingstraße 62. 5. Um aus der Landeskirche auszutreten, haben Sie an das Amtsgericht zu schreiben: „Hierdurch erkläre ich meinen Austritt aus der Landeskirche. Name, Wohnung.“ Sodann haben Sie sich nicht vor Ablauf von vier und nicht nach Ablauf von sechs Wochen während der Dienststunden bei dem Amtsgericht persönlich einzufinden, um diese Erklärung zu Protokoll zu wiederholen.

Fr., Stahfurt. Der Vater eines unehelichen Kindes, welches vor 1900 geboren ist, ist berechtigt, das Kind von dem Augenblick an, in welchem es vier Jahre alt wird, jederzeit zur Selbstziehung zu verlangen. Wird ihm die Herausgabe des Kindes ohne Grund verweigert, so ist er berechtigt, die Zahlung der Alimente einzuklagen. Das Kind muß der Vater selbst abholen oder durch einen Bevollmächtigten abholen lassen.

W. J., Schönebeck. 1. Ob sich Etowierungen wieder entfernen lassen, kann nur ein Arzt beantworten. 2. In welcher Weise sich jemand, der ins Ausland geht, den Fortbezug seiner Militärinvalidenpension sichern kann, erfahren Sie bei dem Bezirksfeldwebel.

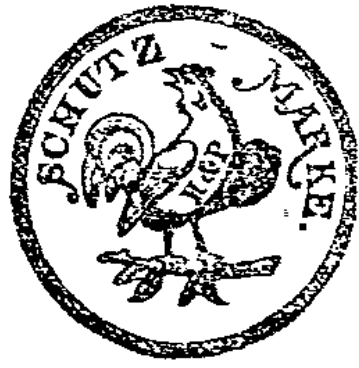
Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

	19. Aug.	19. + 0,35	20. Sept.	+ 0,21	0,14	0,18
Barbisch		+ 0,05		— 0,08		— 0,13
Brandeis		— 0,20		— 0,05		— 0,17
Melmit		— 0,21				— 0,16
Zeitmeritz						— 0,24
Dr.						— 0,12
Torga						— 0,12
Wittend.				+ 1,06		—
Moslan		+ 0,33		+ 0,43		— 0,10
Barby		+ 0,82		+ 0,90		— 0,08
Schönebeck		+ 0,61		+ 0,67		— 0,06
Magdeburg	21.	+ 0,94	22.	+ 1,00		— 0,04
Zangermünde	20.	+ 1,25	21.	+ 0,31		— 0,06
Wittenberge		+ 0,84		+ 0,90		— 0,06
Beuda-Donitz		+ 0,24		+ 0,30		— 0,06
Lauenburg		+ 0,41		+ 0,45		— 0,04

Holzmaker's Parkettbohle

Fabrikanten: Holzmaker & Pätz, Magdeburg



preisgekröntes Fabrikat zum Bohren von Parkettböden, gestrichenen Fußböden und Linoleum, sowie zum Aufpolieren von Möbeln zc.

Zu haben in Büchsen à 50 Pf. u. 1 Mk. in den meisten besseren Kolonialwarenhandlungen zc.

Vor Nachahmungen wird gewarnt. Man achte auf die Schutzmarke.

Allseitig anerkannte Vorzüge:

Bernichtung von Krankheitserregern (Pilze, Bazillen zc.), Schutz gegen Wurmstich.

Erstklassender Geruch. Sparsamster Verbrauch.

Beachten

Sie den großen Verkauf

meiner reell angefertigten

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren.

Das Lager soll bis zum 15. November d. J. wegen baulicher Veränderungen möglichst geräumt sein und verkaufe daher zu jedem annehmbaren Preise. 669

Meine in fünf großen Möbelspeichern befindlichen Möbel können auch des Abends besichtigt werden, da sich in diesen Räumen elektrisches Licht befindet.

Kaufzwang ausgeschlossen.

O. Putzmann

Lichtlermeister

Gr. Steinernetischstrasse 19.

Leder-Ausschnitt

owie Leisten und Schuhmacher-Bedarfsartikel kaufen Sie am besten und billigsten bei

Meyer Michaelis, Gr. Marktstraße 8.

Gegründet 1864

Wohin gehen wir heute

um gute Sofas, Plüschgarnituren, Bettstellen mit Matratzen, birkene und Kirschbaum-Möbel zu kaufen? Nur nach den großen Sälen und Möbelspeichern von

Jakob Mook

am Rathaus, 540

Sobald erschienen:

Festschrift

zum Parteitag in Dresden

Preis 30 Pfennig.

Das große Mißverständnis

Preis 20 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme.

Frauen kauft eine Pfeil-Strickmaschine

sie ist das beste Mittel zu lohnendem Erwerb im Hause, besonders für alleinstehende Frauen u. Mädchen. Leichte Erlernbarkeit und leichte Handhabung sind ganz besondere Vorzüge der Pfeil-Strickmaschine. Gründlichen Unterricht erhält jeder Käufer. Preisliste mit Abbildungen frei und umsonst.

A. ROSE
MAGDEBURG.
Zweig-Geschäfte u. Vertreter an allen Plätzen. Gegr. 1865.



Altes meine Den werthen Genossen bringe ich Kupfer, Messing, Zink, Blei, Eisen und Lumpen kauft 257 hierdurch in empfehlende Erinnerung. Rotekrebsstr. 12, p. Frau Wetthauer, Ebdorferstr. 55.

Den schönsten Fuß

bodenanstrich erzielt man mit

Prange's Bernstein-Oellack mit Farbe.

Derselbe trocknet über Nacht steinhart an, ohne nachzulieben, besitzt eine vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbarkeit unübertroffen. 2 Pfd. 1,50 Mk., 5 Pfd. 3,50 Mk., 10 Pfd. 6,80 Mk. inkl. Büchse, ausgetrocknet 1 Pfd. 65 Pfg., bei 10 Pfd. 60 Pfg. 679

Erwin Prange's Lackfarben-Fabrik
en gros Berlinstr. 23/24 en détail.

Als ihnen das ein Schumann, der offenbar von den Särmenden „nicht für voll angesehen“ wurde, verbot, protokollierten sie einen Wortwechsel, der schließlich in Streit ausartete. Aus dem Streit wurde eine regelrechte Keilerei und erst mit vieler Mühe gelang es, die beiden Rekrutenerzieher zu verhaften. Der Fall wird vor dem Kriegsgericht für die beiden, die doch den gemeinen Soldaten mit gutem Beispiel vorangehen sollten, ein böses Nachspiel haben.

— **Die Polizeibehörden** sind von der Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. von dem Entweichen des gefährlichen Einbrechers Mechaniker Friedrich Liger benachrichtigt worden. Bei seinen Einbruchsdiebstählen pflegt er eine Postunterbeamtenmütze zu tragen, um an Telegraphenbräthen in den Häusern anscheinend Reparaturen auszuführen.

— **Ein neues Feuerwehr-Depot in Budau.** Seit langen Jahren geht der Wunsch der Budauer Bevölkerung und auch des Magdeburger Magistrats dahin, in Budau ein zeitgemäßes Feuerwehr-Depot zu errichten, da dieser Stadtteil noch immer eine Abteilung Feuerwehr hat, deren Löschzug nicht bespannt ist. Die Ausführung dieses Planes scheiterte bisher zumeist an der Platzfrage. Da jetzt das Polizeipräsidium bereit ist, gegen eine von der Stadt zu gewährende Zahlung von jährlich 1100 Mark, die im Budauer Rathaus innegehabten Räume aufzugeben, so ist dadurch Gelegenheit gegeben, diese Räume für die angegebenen Zwecke nutzbar zu machen.

Die nächste Stadtverordneten-Versammlung wird deshalb ersucht, sich mit der Ablösung des Nutzungsrechtes der dem königl. Polizei-Präsidium auf Grund des Gesetzes vom 20. April 1892 zur Verfügung stehenden Räume gegen Zahlung einer jährlichen Entschädigung von 1100 Mark und Errichtung eines Feuerwehr-Depots auf dem Grundstück Schönebekerstraße Nr. 37, vorbehaltlich der Genehmigung des noch vorzuliegenden Spezial-Projektes, einverstanden zu erklären.

— **Ein Mergernis erregender Vorfall** spielte sich am Montag abend gegen 9 Uhr im Automaten-Restaurant auf dem Breitenweg ab. Ungeachtet der zahlreichen Gäste, die um diese Zeit im Lokal anwesend waren, ohrfeigte der dort die Aufsicht ausübende Herr einen von den jungen angestellten dienstbaren Geistes wegen eines kleinen Vergessens derart, daß die Gäste dagegen protestierten. Statt den Wünschen des Publikums Rechnung zu tragen, wiederholte der wuschnaubende Buchmeister die Mißhandlung des jungen Menschen von neuem, wobei er auf die heutige verdorbene Jugend in ganz unqualifizierbarer Weise schimpfte. Wir möchten dem auch in anderer Weise schneidig auftretenden Herrn raten, künftig derartige Differenzen nicht vor den Augen der Gäste zu regeln, am allerwenigsten aber in einer Weise, die bei den Anwesenden geradezu Empörung hervorrief. Wenn der Herr meint, mit seinen Angestellten nicht mehr auskommen zu können, dann mag er sie entlassen, nicht aber öffentlich verprügeln.

— **Auf dem Grusonwerk** amüsierten sich gestern während einer Pause einige Lehrlinge mit Turnen an einer Eisenstange. Hierbei stürzte der Schlosserlehrling Albert Schatke aus Magdeburg so unglücklich ab, daß er eine Verstauchung beider Hände und eine Verletzung am Kinn erlitt. Sch. wurde ins Sudeburger Krankenhaus gebracht.

— **Unfälle.** Am Montag abend stürzte der Arbeiter Heinrich Wille in der Ottenbergstraße von einem Wagen, wobei er über Brust und Hüfte gefahren wurde. Dem Arbeiter Friedrich Wille fiel bei einem Umzug eine schwere Kiste auf den linken Arm, wobei derselbe schwer verletzt wurde. Beide Verunglückte fanden Aufnahme in der altstädtischen Krankenanstalt.

— **Erhängt.** Am Dienstag früh gegen 1/9 Uhr wurde der Arbeiter Schaarmann von hier im Sternengelände im Gebüsch erhängt aufgefunden. Ebenfalls hat sich der Arbeiter Oskar Krüger in seiner Wohnung, Breitenweg 272, am Dienstag früh erhängt. Die Leichen beider Lebensmüden wurden in die Leichenhalle der altstädtischen Krankenanstalt gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 21. September 1903.

Notzucht. Die erste Verhandlung der sechsten Schwurgerichtsperiode hatte einen Notzuchtsversuch usw. zum Gegenstande und richtet sich gegen den Kutischer Karl Hartmann aus Glindenberg, geb. 1879, vorbestraft. Derselbe wohnte mit seiner Familie (er ist seit 1902 verheiratet) in

der Neustadt, war aber am 21. Mai d. J. befruchtungsweise nach Glindenberg gefahren. Den Rückweg von Glindenberg nach Bahnhof Wolmirstedt, von wo aus er mit dem Nachtzuge nach hier fahren wollte, machte er gemeinschaftlich mit dem Dienstmädchen Emma Franke, die in Magdeburg Stellung hat und am genannten Tage Verwandte in ihrer Heimat Glindenberg besucht hatte. In der Nähe der Oberförsterei riß der Angeklagte das Mädchen plötzlich zu Boden, verging sich unsittlich an ihm und machte einen Notzuchtsversuch. Als er an der Vollendung des Verbrechens durch auf das Hilsegeschrei der Bedrängten herzuende Leute gehindert wurde, bedrohte er das Mädchen mit Totschlag, wenn es etwas von dem Vorfall verraten würde. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen und demgemäß erkannte der Gerichtshof auf 2 Jahre 1 Monat Gefängnis. Die Höhe der Strafe wurde damit begründet, daß die Tat an einem völlig unbescholtenen Mädchen begangen ist, das schwer seelisch unter dem an ihr begangenen Verbrechen gelitten hat und leidet, aber auch deshalb, weil den überhandnehmenden Sittlichkeitsverbrechen ein Damm entgegengesetzt werden müsse.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 21. September 1903.

Berwegener Diebstahl. Der Arbeiter Martin Weymann hier, geboren 1879, war am 2. August d. J. auf dem Schützenfeste beim Schauteller Koch beschäftigt, der dort ein Glücksrad aufgestellt hatte. Am Abend als Kasse gemacht werden sollte, stahl Weymann die Kasse mit etwa 200 Mark Erlös aus verkauften Losen und verschwand heimlich damit. Er wurde in Anbetracht der Vorstrafen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Hundeliebhaber. Der Fuhrmann Willi Weit aus Holtzage, geboren 1883, lockte im März d. J. hier auf der Straße den Hund des Schankwirts Danke an sich und verkaufte ihn dann an einen Garbeldmann für 18 Mark, worauf 10 Mark angezahlt wurden. Das Halsband verpfändete der Dieb. Ihn trafen 3 Monate Gefängnis.

Schlechter Kamerad. Der Arbeiter Hans Müller aus Aiel, geboren 1884, war auf der Ziegelei zu Parchau beschäftigt. Bei seinem Weggange am 30. Juli d. J. stahl er einem Mitarbeiters ein Paar Stiefel. Da wiederholter Rückfall vorliegt, erkannte die Kammer auf 6 Monate Gefängnis.

Oberkriegsgericht des IV. Armeekorps.

Sitzung vom 19. September.

Fahrenflucht und Eigentumsverbrechen. Der Wristler Franz Walter aus Stendal von der 5. Kompanie des 66. Infanterie-Regiments war vom Kriegsgericht der 7. Division wegen Fahrenflucht, schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall, intellektueller Urkundenfälschung, Preisgabe von Dienstgegenständen zu 3 Jahren 9 Monaten 14 Tagen Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere, Zulässigkeit der Polizeiaufsicht und Aberkennung der Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt worden. In der Berufungsinstanz wurde das Urteil auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust sowie Zulässigkeit der Polizeiaufsicht ermäßigt.

Defektion und Diebstahl. Wegen unerlaubten Sichentferns vom Heere und Diebstahls im wiederholten Rückfall, Beschädigung von Dienstgegenständen, verjuchter Fälschung, Verdröpfung und Sachbeschädigung hatte der Musketier zweiter Klasse Willi Padebusch aus Seehausen (Altmark), von der 12. Kompanie des 66. Infanterie-Regts., eine Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis in erster Instanz erhalten. Die Berufung wurde verworfen.

Unschuldig verurteilt war in erster Instanz der Musketier Thomas Gahlitta von der 3. Kompanie des 27. Infanterie-Regiments; er war am 18. August vom Kriegsgericht in Dresden wegen Diebstahls zu 1 Monat Gefängnis und Verweisung in die 2. Soldatenklasse verurteilt worden. Der Angeklagte wurde in zweiter Instanz freigesprochen.

Kleine Chronik.

Ein Einjährig-Freiwilliger als Einbrecher.

Der Einjährig-Freiwillige Dvrezß von der 10. Kompanie des in Hannover garnisonierenden Füsilierregiments Nr. 73 hatte sich wegen Diebstahls vor dem Kriegsgericht der 19. Division zu verantworten. Da das Regiment zurzeit noch in Manöverquartieren bei Walsrode liegt, fand die Verhandlung in den Diensträumen des dortigen Amtsgerichts statt. Der Angeklagte war vor einiger Zeit unter dem schweren Verdacht verhaftet worden, in zwei Fällen je einen Diebstahl respektive Einbruchsdiebstahl zum

Nachteile eines ihm befreundeten Kameraden verliert zu haben. Da die Beweisaufnahme seine volle Schuld ergab, so verurteilte ihn das Kriegsgericht zu 3 Monaten und 14 Tagen Gefängnis sowie zur Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und zum Verlust der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst.

Der Luftschiffer Spelterini wohlbehalten gelandet.

Die kühne Fahrt des Aeronauten Spelterini, der bekanntlich am Sonnabend von Bernatt im Wallis aus seine kühne Luftreise angetreten hatte, endete gestern glücklich im Ranton Tessin. Wenn es Spelterini auch nicht gelang, seiner Absicht gemäß die Berner Alpen zu passieren, so brachte er doch das Kunststück fertig, im Ballon über mehrere Bergriesen hinwegzufliegen. Ein Telegramm meldet darüber: Spelterini erzielte Sonntag nach 2stündiger Fahrt unweit des tessinischen Dörfchens Vignasco in der Nähe von Locarno im Maggiate eine glatte Landung. Die Fahrtrichtung war größtenteils süd-südöstlich gewesen; der Ballon flog von Bernatt über die Michabell- und Weishornberge hinweg, durchquerte das auf italienischem Gebiet liegende Antigorotal nördlich von Domod'Oliva und kam südlich von Basodino wieder auf schweizerisches Gebiet. Weitere Details über die Fahrt und deren Ergebnisse fehlen indessen zurzeit noch, da die Luftschiffer sich erst von der Strapagiosen Fahrt erholen müssen, bevor sie nähere Auskunft geben können.

Kleine Tageschronik. In Ratingen bei Düsseldorf, wo er zum Besuch seiner Eltern weilte, wurde der aus der vor Jahren vielbesprochenen Konkursangelegenheit der Gesellschaft für industrielle Unternehmungen Kopenburg u. Co. in Essen bekannte frühere Direktor dieser Bank, Wilhelm Schucht, verhaftet. Die beiden Direktoren der Firma, Kopenburg und Schucht, waren, nachdem sie größere Geldbeträge erhoben hatten, bei Ausbruch des Konkurses flüchtig geworden und hatten in Texas, wo sie ein Sägewerk betreiben, Unterschlupf gefunden. Besuche, um die Auslieferung der Flüchtigen herbeizuführen, blieben erfolglos, bis jetzt Schucht durch Zufall gefaßt wurde. — Die einer holländischen Gesellschaft gehörige große Oelfabrik in Ruhrort ist vollständig wiedergebraunt. Der Schaden wird auf 1 Million Mark geschätzt. — In der Niederlage für Schießpulver und Granaten im Fort Sao Sebastiao erfolgte eine furchtbare Explosion, bei welcher viele Menschen getötet oder verwundet wurden. — In Schneidemühl wurde die Leiche eines anscheinend getöteten jungen Mannes mit durchschossener Schläfe auf dem Baganalande gefunden. Aus den Papieren ging hervor, daß der tote der Landwirt Hermann Jahnke aus Marienwerder war. Derselbe hat ausweislich des Militärpasses bis zum 26. Juni 1903 beim 17. Trainbataillon in Langfuhr gedient. Er hatte an der Expedition nach China beim Feldlazarett Nr. 3 teilgenommen. — Die Prüfung der Bücher der Spar- und Darlehnskasse in Nordleda (Hannover) und die Vergleichung der Eintragungen in jene mit den Quittungsbüchern der Genossen und Sparsparer hat Untersuchungen in Höhe von etwa 12 000 Mark seitens des Rentanten Dod ergeben. Wohin D. gestücht ist, hat bisher nicht ermittelt werden können.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau)

Dortmund, 22. September. Die Sozialdemokraten stellten im Landtagswahlkreise Bochum-Dortmund die Genossen Wg. Hue, Arbeitersekretär König und Wolf auf.

Frankfurt a. M., 22. September. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Wien: In Czernowitz kam es zwischen katholischen Studenten, die aus Wien zur Fahnenweihe der dortigen katholischen Verbänden gekommen waren, und liberalen Studenten auf der Straße zu Schlägereien, an denen sich schließlich auch das Publikum beteiligte. Mehrere Personen wurden schwer, zahlreiche leicht verletzt.

Aus Budapest meldet die „Frankfurter Zeitung“: Die Erfolglosigkeit auch der dritten Audienz des Grafen Khevenhüller-Gedebach hat zur Verschlechterung der allgemeinen Situation beigetragen. Die liberale Partei scheint einer Spaltung entgegenzugehen, wenn nicht noch im letzten Augenblick durch irgend eine verständliche und entsprechende Korrektur die Wirkung des Armeebefehls aufgehoben wird. Die Liberalen fordern sich neuerdings von der Opponier-Gruppe ab, welche letztere eine stärkere Schwärzung nach links vollzieht.

Leipzig, 22. September. Wie nunmehr festgestellt wurde, hat der Rechnungsoffizier Bodner mit mehreren Komplizen den Diebstahl der Mobilisierungspläne in der Stanislawer Kavalleriekaserne ausgeführt. Die Diebe befinden sich bereits im Auslande in Sicherheit.

Marseille, 22. September. Eine furchtbare Feuersbrunst wütet hier seit gestern abend. Das Feuer brach in einer Oelfabrik aus und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit. Mehrere Häuser in der Nähe brannten nieder, andre sind stark gefährdet. Militär und Feuerwehr ist noch mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Nordhäuser Kautabak

aus der Fabrik von

G. A. Hanewacker, Nordhausen

(anerkannt bestes Fabrikat)

halte zu Fabrikpreisen bestens empfohlen.

680

Paul Eulenstein

en gros

Zigarren und Zigaretten

en detail

Breiteweg 127

gegenüber der Katharinenkirche.

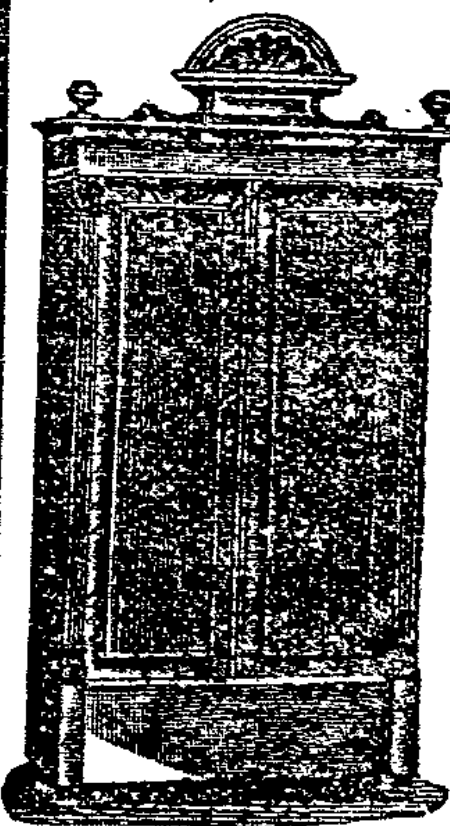
Abzahlung!

- 1 Wohnungs-Einrichtung f. 1 Zimmer Mk. 98
Anzahlung Mk. 10, wöchentlich 1 Mk.
 - 1 Wohnungs-Einrichtung f. 2 Zimmer Mk. 195
Anzahlung Mk. 20, wöchentlich 2 Mk.
 - 1 Wohnungs-Einrichtung f. 3 Zimmer Mk. 300
Anzahlung Mk. 30, wöchentlich 3 Mk.
 - 1 Wohnungs-Einrichtung f. 4 Zimmer Mk. 398
Anzahlung Mk. 40, wöchentlich 4 Mk.
- Sofas, Divans, Kleiderschränke, Ventilose, Kinderwagen, Uhren in großer Auswahl

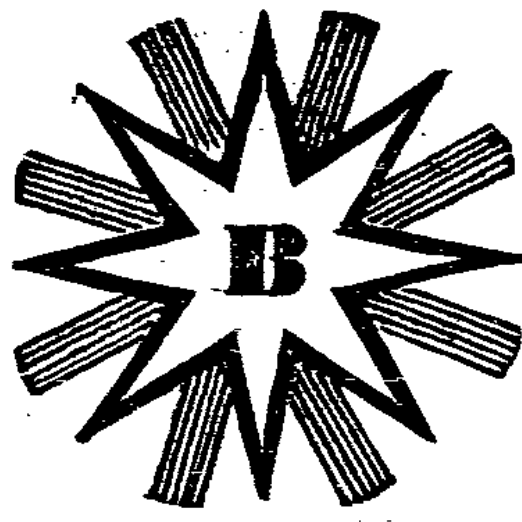
S. Osswald

Waren- und Möbel-Credithaus

Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 14.



Warenhaus Gebr. Barasch



Dienstag den 22. September
Mittwoch den 23. September
Donnerstag den 24. September
Freitag den 25. September

Zur **Herbst-Messe** Ausnahme-Tage für **Schuhwaren**

Herren-
Zugstiefel
Mk. 5.25

Damen-
Zugstiefel
Mk. 3.65

Damen-
Knopfstiefel
Mk. 4.55

Herren-
Zugstiefel
schwarz, dauerhaft 3.90

Herren-Befab-Zugstiefel Herren-Befab-Zugstiefel <small>Sumpfbestechung, Handarbeit</small>	4.95 6.65	Damen-Zugstiefel mit Sacklett Damen-Schnürstiefel	5.25 4.95	Prima Herren-Stiefel ohne Kaps Schnürstiefel zum Strapazieren	6.95 4.95
--	--------------	--	--------------	--	--------------

Damen-Pantoffel Kofigleder
mit Lederpolster und Ledersohle **95** Pf.

Damen-Pantoffel Wusch und Samt
mit Ledersohle und warmem Futter **95** Pf.

Zum
Ausfuchen
Damen-Schnür-
u. Knopfstiefel
farbig
sonst 11.50-15 Mk.
jetzt **9.75** Mk.

Herren-Chevreaux
mit Befab-Zugst., sehr elegant, ohne Eckknöpfe **8.25**
Morgenschuhe Leber
farbig, Ledersohle, warm Futter **2.85**

Damen-Hausschuhe
Leber mit Ledersohle und Wusch **1.85**
Morgenschuhe Leber
farbig, Ledersohle, mit warmem Futter **2.35**

Kinder-Schnürstiefel
farbig
sonst 2.30-4.95 jetzt **1.65**

Mädchen-Knopfstiefel
farbig
sonst 3.30-5.45 jetzt **2.75**

Damen- farbige Spangen-, Schnür- u. Knopfschuhe sonst 3.25-5.25 jetzt 2.25	Herren- Schnürstiefel farbig sonst 8.50-16.00 jetzt 6.45	Damen- Segeltuchschuhe grau, mit rot und schwarz Befab sonst 4.50 jetzt 3.35
---	---	---

Ein Posten
weiß
Caschentücher
für mit à jour - Saum
Paar **3.25**

Ein Posten
weiß
Caschentücher
Saum
Paar **95** Pf.

Ein Posten
Damen-Unterröcke
Seide mit Bolant in allen Farb. Stück **1.95**
Prima Qualität.

Ein Posten
Damen-Unterröcke
ausgebogen
Stück **95** Pf.

Ein Posten Damen-Handschuhe weiß, Seide, Paar 38 Pf.	Ein Posten Damen-Strümpfe Weiß plattiert, Paar 48 Pf.	Ein Posten Kinder-Strümpfe Wolle plattiert, schwarz, Größe: 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 18 24 28 32 36 40 44 48 63 68 72 Pf.	Ein Posten Damen-Handschuhe Erlot gefüttert Paar 24 Pf.
--	---	---	---

Sämtliche Waren nur im Einzelverkauf und soweit Vorrat.